



GRÜN&NACHHALTIG IN DIE ZUKUNFT INVESTIEREN

Etatred 2016/2017

gehalten von Dirk Grunert, Fraktionsvorsitzender
von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Gemeinderat

Dienstag, den 24. November 2015

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Mannheimerinnen und Mannheimer,

die Welt wird immer komplexer. Dies gilt auch für die Finanzen der Stadt Mannheim. Haben wir früher als Gemeinderat einfach einen Haushalt verabschiedet, so sollen wir nun Anfang Dezember einen Haushalt, ein Haushaltstrukturprogramm II, einen Beteiligungs- haushalt und ein Haushaltstrukturprogramm III beschließen.

Der Oberbürgermeister und der Kämmerer haben dafür quasi ein Motto vorgegeben: „Sparen bis es quietscht!“ Es wurde auch eine schlagzeilenträchtige Zahl mitgeliefert: 40 Millionen Euro. Damit wird begründet, warum es über die eingearbeiteten Wünsche der Verwaltung praktisch keinen Spielraum für die Wünsche des Gemeinderats und der Bürgerschaft gibt.

Dazu gleich eine Botschaft unsererseits:
Das sehen wir nicht so!

Dies möchte ich im Folgenden selbstverständlich erläutern. Der bezifferte Einsparbedarf wird vor allem mit dem Auseinanderlaufen von Einnahmen und Ausgaben begründet, insbesondere Sozialausgaben und Personalkosten werden als Verursacher des Problems benannt. Das lässt sich aber aus den vom Kämmerer vorgelegten Zahlen nur sehr begrenzt ablesen. Wie aus den Zahlen und Statistiken des Kämmers ersichtlich wird, ist die Personalaufwandsquote relativ konstant. Seit mindestens zehn Jahren liegt sie um 25%. Dies wird auch für die kommenden Jahre prognostiziert. Bezüglich der Sozialkosten ist anzumerken, dass die Bruttoausgaben tatsächlich überdurchschnittlich steigen. Betrachtet man jedoch die Nettoausgaben sieht das Thema doch schon ganz anders aus. Für die nächsten Jahre ist ein durchschnittlicher Anstieg von 1 Million Euro pro Jahr zu erwarten. Das ist angesichts eines Gesamthaushaltes von 1,3 Milliarden Euro durchaus verkraftbar. Die Zahlen der Finanzplanung werden erst gegen Ende des zu planenden Zeitraums deutlich schlechter, also zu einem Zeitpunkt, an dem die Zahlen mehr Spekulation als valide Datenbasis sind. Vor etwa sechs Wochen haben wir von dieser scheinbaren Finanzlücke in vier Jahren erfahren, in drei Wochen sollen wir schon schnell entscheiden.



Wir sagen: Ja, wir müssen die Zahlen im Auge behalten. Ja, wie müssen sie im Laufe des nächsten Jahres in Ruhe überprüfen und entsprechende Maßnahmen ergreifen. Wir dürfen aber nicht kurzfristig in Hektik verfallen.

Auch wenn die Probleme folglich nicht so dramatisch sind, wie sie teilweise dargestellt wurden, ist es natürlich ein grundsätzliches Problem, wie die sich eher ausweitenden Aufgaben einer Kommune durch bisher eher gleichbleibende Instrumente der Kommunalfinanzierung zu gewährleisten sind.

Als Kommune sind ein Großteil unserer Ausgaben Pflichtaufgaben, die wir entweder nicht beeinflussen oder nur festlegen können, wie sie erledigt werden, aber nicht ob und in welchem Umfang. So blieben für eine Kürzung der Ausgaben nur die freiwilligen Ausgaben. Das sind im Zweifelsfall gerade die Dinge, die die Stadt lebenswert machen. Wollen wir eine Entwicklung, wie sie sich in einigen Städten im Ruhrgebiet abspielt?

Wir sagen nein und ziehen daher eine andere Konsequenz aus unserer Situation. Unser Weg ist es, die Entwicklung der kommunalen Einnahmen an die notwendigen Ausgaben anzupassen, anstatt darüber zu streiten auf welche notwendige Ausgabe am ehesten verzichtet werden kann.

- Wir GRÜNE setzen darauf vom Bund laut und deutlich einzufordern, was die Koalition aus CDU und SPD schriftlich in ihrem Koalitionsvertrag versprochen hatte, nämlich eine finanzielle Entlastung der Kommunen schon in dieser Legislaturperiode des Bundestages. Dies hat die große Koalition in die ferne Zukunft verschoben, auf einen Zeitpunkt nach den nächsten Wahlen. Hier müssen wir Druck machen, gerade auch auf diejenigen, die Teil der Regierungsparteien sind.
- Wir fordern vom Land eine Überarbeitung der Kommunalabgabenverordnung. Insbesondere für Aufgaben wie Stadtreinigung oder zur Finanzierung eines kostenlosen öffentlichen Personennahverkehrs muss es den Kommunen zukünftig erlaubt werden, entsprechende Abgaben zu erheben. Mit dem derzeitigen Landtagswahlkampf ist jetzt eine gute Zeit, diese Forderung in den Programmen der Parteien zu verankern.
- Wir sehen Möglichkeiten, die kommunalen Steuern zu erhöhen, ohne jemanden zu überfordern. Wir werden daher die vorgeschlagene Grundsteuer-Erhöhung mitgehen.
- Das größte Problem sehen wir jedoch in dem vom Gemeinderat sich selbst auferlegten Neuverschuldungsverbot! Wir halten dieses in der aktuellen Situation für grundlegend falsch. Kredite sind eine essentielle Finanzierungsquelle, nicht nur für Privatpersonen und Unternehmen, sondern selbstverständlich auch für die öffentliche Hand. Insbesondere in Zeiten niedrigster Zinsen bedeutet ein Verbot der Kreditaufnahme sogar einen eklatanten Widerspruch zu unserem achten strategischen Ziel: „Das Eigenkapital der Stadt Mannheim ist gemehrt.“ Wenn die Rendite einer Investition oberhalb des Zinssatzes liegt, bringt sie uns Gewinn. Dies ist bei Zinsen nahe 0% bei vielen von uns angedachten Investitionen zu erwarten. Wobei wir auch einen zeitgemäßen Investitionsbegriff anlegen. Die wichtigsten Investitionen unserer Zeit sind die in Köpfen, also in Bildung und Ausbildung, auch wenn Investitionen in Asphalt und Beton natürlich weiterhin eine Rolle spielen. Die Kreditaufnahme kann natürlich nicht unbegrenzt stattfinden, aber ein Komplettverbot ist ausschließlich ideologisch begründet und unsinnig. Eine Orientierung der Kreditaufnahme an der Höhe des Wirtschafts- bzw. Einnahmewachstumes einer Stadt halten wir für deutlich sinnhafter. Auf diese Weise erhalten wir uns unseren Handlungsspielraum, ohne zukünftigen Generationen übermäßige Schulden zu hinterlassen.

Wir werden dieses grundlegende Thema in die Lenkungsgruppe zum Haushaltstrukturprogramm III einbringen. Hier muss nochmals grundsätzlich diskutiert werden. Wir werden uns selbstverständlich im Lenkungsausschuss für das Haushaltstrukturprogramm III konstruktiv beteiligen, auch wenn wir das Ziel einer Einsparung in der Höhe von 40 Millionen Euro weder nachvollziehen können und noch mittragen. Ein kritisches Hinterfragen aller Einnahmen und Ausgaben der Stadt in gewissem zeitlichem Abstand ist grundsätzlich absolut sinnvoll. Wir nehmen ernst, dass wir zielorientiert steuern wollen in dieser Stadt. Wir werden fragen, was unsere Ziele sind. Welche Ausgaben benötigen wir, um diese Ziele zu erreichen? Und wie können wir diese Ausgaben finanzieren? Dabei muss dann alles auf den Tisch kommen, auch Themen wie der kommunale Flugplatz, ein kommunaler Ordnungsdienst, zwei getrennte Fachbereiche zum Thema Personal und der Umfang der Ausstattung der strategischen Steuerung.

Wir begrüßen die andere Herangehensweise an das dritte Haushaltstrukturprogramm. Die Rasenmäher-Methode der ersten beiden Haushaltstrukturprogramme ist gescheitert. Weder hat sie gut funktioniert, noch steht sie im Einklang mit einer zielorientierten Steuerung. So tauchen in den Haushaltstrukturprogrammen immer wieder Kürzungen auf, von denen jeder weiß, dass die Einsparbeträge nicht erbracht werden können, so dass sie am Ende des Jahres vom Gemeinderat dann doch nachveranschlagt werden müssen. Hier sind insbesondere Vorschläge aus dem Dezernat II zu nennen. Ebenso ist es widersinnig, dass wir teure Studien in Auftrag geben, die uns eine notwendige oder sinnvolle Aufgabenausstattung in einem Aufgabengebiet ermitteln, und anschließend kommt dann ein Haushaltstrukturprogramm, und wir kürzen dann wieder die von der Studie ermittelte Personal- und Sachmittelausstattung. Dann könnten wir uns diese teuren Studien über eine richtige Personal- und Sachmittelausstattung von vornherein sparen, wenn wir weiter in dieser Art und Weise Haushaltstrukturprogramme vorgesetzt bekommen. Ebenso blieb bei der Erarbeitung der vergangenen Haushaltstrukturprogramme vielfach außen vor, welche Folgewirkungen Einsparmaßnahmen haben. So wurden Sparmaßnahmen vorgeschlagen, die teilweise eine große Zahl von Institutionen und Vereine in finanzielle Schwierigkeiten gebracht haben, mit der Folge, dass teilweise wertvolle Angebote in der Stadt wegfielen oder auch in diesen Fällen der Gemeinderat auf dem ein oder anderen Weg nachfinanziert hat.

In diesem Sinne können wir das aktuelle Haushaltstrukturprogramm überwiegend, aber eben nicht komplett mittragen. Hier braucht es Änderungen, die wir

im weiteren Verfahren beantragen werden. Die Methode Friss-oder-Stirb akzeptieren wir nicht. Auch wird es rein faktisch nicht möglich sein, in aller Kürze in vollem Umfang Ersatzvorschläge zu machen, während die Verwaltung mit all ihren Ressourcen für die Ausarbeitung zwei Jahre gebraucht hat.

Ein weiteres wichtiges Finanzthema, welches im Haushalt nicht unmittelbar zu finden ist, sind Investitionen durch Tochtergesellschaften der Stadt Mannheim. Es ist zuletzt zunehmend auf die Tochtergesellschaften zurückgegriffen worden, um durch den Haushalt nicht leistbare Investitionen durchführen zu können. Wir GRÜNE lehnen diese Methode ab und werden diesem Vorgehen nicht mehr zustimmen. Mit diesem Vorgehen werden zukünftige Haushalte der Stadt übermäßig belastet und der Handlungsspielraum zukünftiger Gemeinderäte massiv beschnitten. Wenn wir Investitionen mit vertraglich festgeschriebenen Mietzahlungen über 30-40 Jahre vornehmen, wird der Ergebnishaushalt durch zweistellige Millionenbeträge belastet. Dies widerspricht gerade auch der Intention des Haushaltstrukturprogrammes III. Falls wir zusätzliche Investitionen vornehmen wollen, sollten wir das über entsprechende Kredite über den städtischen Haushalt machen. Diese Kredite können nämlich im Gegensatz zu 40-jährigen Vertragskonstruktionen mit Tochtergesellschaften, durch zusätzliche Einnahmespitzen, die alle paar Jahre vorkommen, aber nicht zu einem festen Termin eingeplant werden können, zurückgezahlt werden.

Wie gerade gesagt, werden wir dieses Finanzierungssystem nicht weiter unterstützen. Wir sehen es im Übrigen auch als nicht realistische Alternative an, da das Regierungspräsidium eine massive Steigerung der Bürgschaften nicht akzeptieren wird. Eine Ausnahme werden wir GRÜNE mittragen. Das ist der Neubau des technischen Rathauses. Hier sehen wir uns im Wort und in der Verantwortung und werden daher letztma- lig einer solchen Konstruktion zustimmen. Grundbedingung ist für uns allerdings, dass das technische Rathaus auch energetisch vorbildlich errichtet wird. Minimum ist für uns 30%ige Einsparung gegenüber der aktuellen Energie-Einsparverordnung (ENEV) in der Version des Jahres 2016. Wir erwarten, dass die Verwaltung prüft, ob nicht sogar der Passivhausstandard für die gleichen Investitionskosten möglich ist: in Karlsruhe wurde dies bei einem Bürogebäude erreicht. Wir GRÜNE hätten als Standort für das technische Rathaus klar das Neckarufer präferiert. Dieser Standort hätte bezüglich Zentralität und Erreichbarkeit eindeutige Vorteile gehabt. Aber auch der Standort Glücksteinquartier ist akzeptabel. Gerade um die Entwicklung des Glücksteinquartiers voranzubringen, können wir uns dieser Standortentscheidung

anschließen und werden diese wichtige Entscheidung gemeinsam mit den anderen Parteien auf den Weg bringen. Wenn wir uns heute für den Standort Glücksteinquartier entscheiden, muss uns aber allen klar sein, dass dies weitere Verkehrsströme – gerade von Fußgänger*innen und Radfahrer*innen – bringt und damit die Öffnung des Posttunnels vorangetrieben werden muss. Hier muss dann eine Einigung mit der Deutschen Bahn gefunden werden. Dabei muss auch das Thema Sicherheit berücksichtigt werden.

Die Einführung des Beteiligungshaushalts war ein großer Erfolg. Über viele Jahre haben die grünen Fraktionen dafür gekämpft. Und man hat gesehen, die Bürger*innen haben mit großem Engagement teilgenommen. Mehr als 350 Anträge wurden eingereicht, wovon 174 eine ausreichende Unterstützung durch die Bevölkerung erfahren haben. Die Stadtverwaltung hat mittlerweile alle Vorschläge mit ausreichender Unterstützung geprüft davon den größten Teil positiv. Das große Manko bei der ersten Durchführung ist nun, dass diese von der Verwaltung positiv bewerteten Vorschläge größtenteils nicht im Haushaltsvorschlag der Verwaltung enthalten sind. Dies war faktisch auch kaum möglich, da die Aufstellung des Haushaltes durch die Verwaltung zum Zeitpunkt der Durchführung des Beteiligungshaushaltes schon in der finalen Phase war. Daraus müssen wir lernen. Der nächste Beteiligungshaushalt muss daher Anfang 2017 stattfinden, vor der Erarbeitung der Haushaltvorlage durch die Verwaltung. Es ist sehr zu begrüßen, dass das Beteiligungsportal das ganze Jahr genutzt werden kann. Das heißt aber im Gegenzug nicht, dass auf eine dezidierte Phase mit Vorschlägen für den nächsten Doppelhaushalt verzichtet werden kann.

Wir GRÜNE sehen uns in der Verantwortung, den aus unserer Sicht besten Vorschlägen aus dem Beteiligungshaushalt zur Umsetzung zu verhelfen. Für uns ist es unabdingbar, dass einige weitere Vorschläge aus dem Beteiligungshaushalt in den städtischen Haushalt aufgenommen werden.





Bürgerbeteiligung

Neben dem Beteiligungshaushalt wollen wir GRÜNE insgesamt das Thema Bürgerbeteiligung voranbringen. In Mannheim wurden in den vergangenen Jahren viele Beteiligungsverfahren durchgeführt, und dennoch war die Unzufriedenheit in der Bevölkerung groß bezüglich des Themas Bürgerbeteiligung. Es wurde versäumt, ein in der Stadtgesellschaft breit getragenes Verständnis zu diesem Themenkomplex zu etablieren. Es wurden verschiedene Beteiligungsformate und Elemente direkter Demokratie durchgeführt, ohne dass den Beteiligten klar war, welche Rolle die Beteiligten – Bürgerschaft, Politik und Verwaltung – dabei haben und nach welchen Regeln das Beteiligungsverfahren abläuft. Dies führte zwangsläufig zu großer Enttäuschung und Misstrauen. Es ist elementar nun eine grundsätzliche Klärung vorzunehmen, um eine deutlich bessere Akzeptanz bei zukünftigen Verfahren zu ermöglichen. Meine Fraktion hat dazu ein umfassendes Papier vorgelegt, welches in die städtische Arbeitsgruppe eingeflossen ist. Im Laufe des kommenden Jahres sollte der Gemeinderat zu Entscheidungen und Verbesserungen kommen.

Auch das Land Baden-Württemberg hat unlängst deutliche Verbesserungen ermöglicht. Es wurden die Beteiligungsmöglichkeiten sowohl auf Landes- als auch auf kommunaler Ebene u.a. durch die Absenkung von Quoren verbessert. Auch wurde den Kommunen Raum gegeben, ihre örtlichen Satzungen zu verbessern. Es steht nun u.a. an, für Gemeinderät*innen und Bezirksbeirät*innen die Betreuungskosten von Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen

während Sitzungen zu übernehmen. Damit ermöglichen wir es einem größeren Teil der Bevölkerung, Ämter und Mandate zu übernehmen. Ebenso wollen wir das Modell der Jugendbeteiligung überarbeiten. Die Grüne Jugend hat bereits einen Vorschlag vorgelegt, wie man ein Antrags- und Rederecht in den städtischen Gremien für die Jugendbeteiligung etablieren kann. Diese Debatte wollen wir führen und die Jugendbeteiligung ausbauen.

Bürgerbeteiligung erfordert neben klaren Regeln vor allem auch Transparenz auf allen Ebenen. Daher begrüßen wir das Open Data Portal der Stadt, das ebenfalls von uns initiiert wurde und die Möglichkeit gibt, sich detailliert über die Stadt zu informieren. Zur Transparenz gehört nicht nur die Offenlegung von Informationen, Daten und Fakten sondern auch die Offenlegung von Abstimmungsverhalten der verschiedenen politischen Vertreter*innen. Wir wollen durch die elektronische Erfassung des Abstimmungsverhaltens Bürger*innen die Einsicht über die Entscheidungen der von Ihnen gewählten Volksvertreter*innen ermöglichen.

Insgesamt wollen wir die Online-Aktivitäten der Stadt weiter ausbauen, um niederschwellige Beteiligungsmöglichkeiten zu schaffen. Auch mittels sozialer Medien sollte die Stadt die Möglichkeiten der Netzwerke nutzen, um so breitere Bevölkerungsschichten erreichen.

Demokratie lebt von der Beteiligung ihrer Bürger*innen, d.h. aller Bevölkerungsgruppen. Verschiedene Bevölkerungsgruppen weisen von sich aus eine sehr unterschiedliche Motivation auf, an Beteiligungsverfahren teilzunehmen. Daher ist es von großer Bedeutung gerade beteiligungs- und politikfernen Gruppen niedrigschwellige Angebote bei Beteiligungsverfahren zu machen. Wir wollen aktiv und gezielt insbesondere diese Gruppen ansprechen und die Positionen und Erwartungen dieser Gruppen anhören und in die Überlegungen einbeziehen. Eine gelungene Bürgerbeteiligung trägt nicht nur zur Akzeptanz von politischen Entscheidungen und zur Zufriedenheit der Bürger*innen sondern auch zur Stärkung des Gemeinwohles bei.

Geflüchtete

Dass die Mannheimerinnen und Mannheimer sich in das politische und gesellschaftliche Leben einbringen wollen, ist gerade wieder sehr sichtbar. Es gibt ein extrem großes ehrenamtliches Engagement im Bereich der Flüchtlingshilfe. Wir möchten uns an die-

ser Stelle ganz herzlich bei den Bürgerinnen und Bürgern bedanken, die dieser großen Herausforderung mit Mitmenschlichkeit, Anteilnahme, Spenden- und Hilfsbereitschaft begegnen. Dieses Engagement wollen wir auch als Stadt angemessen würdigen.

Diese große Spenden- und Hilfsbereitschaft muss natürlich koordiniert werden. Ebenso muss den Helfer*innen eine psychologische Betreuung zur Verfügung gestellt werden, soweit sie benötigt wird. Dies beides können die einzelnen Hilfsorganisationen nicht leisten. Hier bedarf es einer städtischen Koordination. Diese Koordinationsstelle wurde mittlerweile eingerichtet. Sie muss weiter gestärkt und weiterentwickelt werden. So sollte die Stadt beispielsweise zentrale Räume für Sachspendensammlungen zur Verfügung stellen und deren Öffnungszeiten gewährleisten. Darüber hinaus braucht es immer wieder auch Geld, um die Hilfe umsetzen zu können. Oftmals sind es kleine Beträge, die fehlen und an denen gute Projekte und Ideen zu scheitern drohen. Dementsprechend braucht es in Ergänzung der Koordination der Hilfe auch einen finanziellen Hilfsfonds. Schon bei der Koordination des Zuzugs aus Südosteuropa gab es einen derartigen Fonds, der unkompliziert und flexibel zur Verfügung stand. Bei der aktuell noch größeren Herausforderung wird dieser Fonds dringend benötigt.

Wir als Stadt halten uns bei der humanitären Hilfe nicht zurück, auch wenn Bund und Land die eigentliche Verantwortung für die Erstaufnahme-Unterkünfte der Geflüchteten verantwortlich tragen. Als große Aufgabe bezüglich der verschiedenen Erstaufnahmestellen sehen wir die Bereitstellung von Spiel- und Aufenthaltsräumen, insbesondere für Kinder. Hier herrscht ein großer Mangel, der ein gutes Zusammenleben in den Unterkünften und eine Integration der Menschen in unsere Gesellschaft erschwert. Auch Gewaltschutzkonzepte, vor allem für Kinder und Frauen, aber auch für andere potentiell bedrohte Gruppe wie LGBT, müssen in den Unterkünften umgesetzt werden.



Die Menschen, die zu uns nach Deutschland fliehen, werden zum großen Teil dauerhaft bei uns bleiben. Wir werden diesen Menschen helfen und ihnen die Chance zur Integration geben. Auch wenn ein Großteil der Geflüchteten in den Mannheimer Erstaufnahmeeinrichtungen nicht in Mannheim verbleiben wird, sollten wir gezielt Einzelnen eine Perspektive in Mannheim aufzeigen.

Wir setzen uns für ein bedarfsdeckendes Angebot zum Spracherwerb ein, durch Sprachkurse und Sprachcafés. Wir wollen ein Vor-Ort-Angebot in den Unterbringungsorten einrichten, das sich gerade auch an Flüchtlinge richtet, die erst wenige Wochen in Mannheim sind und deshalb nicht in regulären Sprach- oder Integrationskursen unterrichtet werden können.

Die geflüchteten Zuwanderer wollen sich hier bei uns mit Leistung einbringen und am Arbeitsleben teilnehmen. Das ist sehr positiv und wir wollen das gezielt fördern. Die Arbeitsagentur und das Jobcenter sollten in den Unterkünften regelmäßige Informationsveranstaltungen über den Arbeitsmarkt durchführen.

Gemeinsam mit der IHK und der Handwerkskammer brauchen wir eine strategische Partnerschaft, um das Potential der Flüchtlinge für die Fachkräftesicherung zu aktivieren. Das kann die Bereitstellung von Praktikumsplätzen sein, oder auch die Bereitschaft Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Wir wollen, dass die Verwaltung einen entsprechenden Dialog zeitnah startet. Gleiches gilt für die Hochschulen in unserer Stadt, welche sich dankenswerterweise beim Thema „studierfähige Flüchtlinge“ kreativ einbringen.

Internationales

Vor Ort hier in Mannheim nehmen wir unsere Verantwortung wahr – Stadt und Stadtgesellschaft. Aber nehmen wir auch unsere Verantwortung international wahr? Wir haben in den vergangenen Jahren immer deutlicher spüren können, wie die Welt kleiner wird. Konflikte, Wahlen und Ereignisse in anderen Ländern und Kontinenten wirken sich sehr deutlich und unmittelbar auf unser Zusammenleben in Mannheim aus.

Mannheim hat ein großes Netz an Städtepartnerschaften und Städtefreundschaften. Das ist erfreulich und zugleich Verpflichtung. Es ist uns GRÜNEN wichtig, dass wir im Rahmen dieser Freundschaften und Partnerschaften auch unsere internationale Verantwortung wahrnehmen. Menschenrechte und Stärkung



der Zivilgesellschaft wollen wir in allen Städtepartnerschaften einbringen. Eine tolle Initiative war in diesem Zusammenhang der Versuch, eine trilaterale Kooperation zwischen Haifa, Hebron und Mannheim hinzubekommen. Wir wünschen uns, dass die Stadt diese Idee vorantreibt und weiter versucht, die jeweilige Partnerschaft bzw. Kooperation zu einem dreiseitigen Austausch zusammenzuführen. Dafür wünschen wir dem Büro für internationale Angelegenheiten viel Erfolg!

Mannheim hat mittlerweile gute Kontakte nach China aufgebaut. Ein chinesisches Sprichwort besagt, dass „wenn der Wind des Wandels weht, die einen Windmühlen und die anderen Mauern bauen“. Es ist wenig verwunderlich, wenn sich die GRÜNE Gemeinderatsfraktion in Mannheim zu den „Windmühlenbauern“ zählt. Dass aber z.B. unsere chinesischen Partner in der Tat sehr interessiert sind an den Chancen und Möglichkeiten der Energiewende und des Klimaschutzes, war auch bei der jüngsten Delegationsreise nach Qingdao allgegenwärtig. Ebenso gilt dies für die Klimapartnerschaft mit Zhenjiang. Es zeigt einmal mehr, dass Ökologie und Ökonomie sich gegenseitig fördern und keine unversöhnlichen Gegensätze sind. So sehr wir gerade auch aus solchen Gründen die Fortentwicklung unserer Partnerschaften und Freundschaften mit den beiden chinesischen Städten begrüßen, so wichtig ist für uns aber auch, dass – wie bei allen anderen Städtepartnerschaften auch – nicht nur die wirtschaftlichen Themen im Zentrum stehen, sondern auch der zivilgesellschaftliche Austausch an Fahrt aufnimmt und lebendig wird. Denn nur dieser konkrete Austausch von (Hoch-) Schulen, Vereinen,

Kulturschaffenden und Bürger*innen jedweden Alters schafft wirkliches gegenseitiges Verständnis und echtes Interesse füreinander. In diesem Zusammenhang begrüßen wir auch angesichts der aktuellen Situation die Bemühungen der Landesregierung sowohl im Rahmen der bestehenden Partnerschaft Baden-Württembergs mit Burundi als auch einer künftigen Partnerschaft mit einer Region im Nordirak. Hier regen wir eine Klärung an, ob und wie sich Mannheim mit seinen reichhaltigen Städtepartnerschaftserfahrungen und seinen funktionierenden Netzwerken in Stadtverwaltung und Zivilgesellschaft in diese Prozesse auf Landesebene mit gegenseitigem Gewinn einbringen kann.

Mannheim ist, auch durch viel Engagement der Grünen Jugend, seit einigen Jahren Fairtrade-Town. Wir zeigen damit, dass fairer Handel gezielt auf kommunaler Ebene gefördert werden kann und eine erfolgreiche Vernetzung von Personen aus Zivilgesellschaft und Politik besteht, die den fairen Handel in unserer Stadt fördert. Dieser Weg muss verstärkt weitergegangen werden und noch mehr in der Verwaltung und in der Zivilgesellschaft verankert werden. Unsere ethischen Grundwerte enden nicht an den Grenzen Europas. Um diesen Prozess zu stärken, wollen wir die Einrichtung eines globalen Klassenzimmers fördern, für das geeignete Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden müssen. Hier kann ein wertvoller Beitrag zu nachhaltiger Entwicklung geleistet werden. In unserer globalen Verantwortung spielen auch die derzeit diskutierten Handelsabkommen, wie TTIP und CETA eine wichtige Rolle. Diese bedrohen nicht nur die kommunale Selbstverwaltung, sie schränken nicht nur demokratische Regeln und rechtsstaatliche Prinzipien ein, sie machen den Welthandel unfairer und werden damit zu Quellen neuer Konflikte und Probleme. Von daher ist es sehr zu begrüßen, dass sich der Mannheimer Gemeinderat gegen diese Abkommen ausgesprochen hat. Hier müssen wir als Stadt weiter aktiv sein und für fairen Welthandel kämpfen, eine einmalige Resolution kann nicht genug sein.

Umwelt, Klima und Energie

Wie sieht es mit unserer Verantwortung für das globale Klima aus? Wie weit sind wir mit der Reduktion des CO₂-Ausstoßes in Mannheim? Wie erfolgreich sind wir beim Umstieg auf Erneuerbare Energien? Leider ist dieses Jahr in Mannheim ein neuer Kohle-Block des Großkraftwerks ans Netz gegangen. Wir werden uns noch viele Jahre mit dieser schadstoffhal-

tigen Technologie beschäftigen und die auch durch sie verursachten Schäden beseitigen müssen. Hier ist das Waldsterben im Käfertaler Wald ebenso zu nennen wie der Eintritt von Schadstoffen in unser Grundwasser.

Wir müssen bei unserer Energieversorgung stärker umsteuern und diese dezentralisieren. Ziel ist der Ausbau der Fernwärme und die Wärmerückgewinnung z.B. aus dem Abwassernetz, ebenso wie die Nutzung von Sonnenenergie sowie eine verstärkte Dämmung und Energieeinsparung bei Neubau und Renovierung. Derzeit baut die Stadt Mannheim auf dem Standard der jeweiligen Energieeinsparverordnung minus 30%. Das kann nur der Startpunkt sein. Andere Städte machen es uns vor, sie bauen in Passivhaus-Standard oder sogar im Energie-Plus-Standard. Hier muss sich die Stadtverwaltung stärker mit anderen Kommunen vernetzen, sich die Expertise von fortschrittlichen Architekt*innen einholen, um bei gleichen Kosten stärkere Energieeinsparungen beim Neubau umzusetzen.

Auch das Thema Windenergie spielt bei der Energiewende eine wichtige Rolle, wenn auch in Mannheim keine zentrale. Drei Gebiete auf Mannheimer Gemarkung sind aktuell in der Diskussion. Die GRÜNE Fraktion unterstützt, dass auch in Mannheim Gebiete für Windenergie ausgewiesen werden sollen und lehnt das Sankt-Florians-Prinzip ab. Das wäre das Gegenteil von guter Steuerung, wie sie der Entwurf des Nachbarschaftsverbandes mit strengen Vorgaben versucht. Bündnis 90/DIE GRÜNEN sehen mit Bedauern, dass auch Bäume in Waldgebieten gefällt werden müssen, um Windkraft zu ermöglichen. Die GRÜNE Fraktion unterstützt die Einrichtung von Gebieten zur Errichtung von Windkraftanlagen im Mannheimer Osten und nördlich der Autobahn A6. Das vorgeschlagene Gebiet im Käfertaler Wald südlich der Autobahn soll aus grüner Sicht aber deutlich verkleinert werden, um die Beeinträchtigung der Naherholungsfunktion und das Fällen von Bäumen dort deutlich zu reduzieren. Selbst bei größtem Engagement wird sich der Klimawandel nicht mehr verhindern lassen. Ziel ist es, die Erderwärmung auf zwei Grad zu begrenzen. Hierfür muss die Weltklimakonferenz in Paris wichtige Grundlagen schaffen. Unsere Bundesregierung muss endlich vom Bremspedal steigen und wieder führend werden beim Thema Umwelt- und Klimaschutz. Gerade auch wenn man nach China schaut, sieht man, wie ambitionslos und undynamisch die Bundesregierung ist. Hier ist unser Land von einer weltweiten Führungsrolle weit nach hinten durchgereicht worden.

Der Klimawandel ist also nicht mehr zu verhindern, sondern nur noch zu begrenzen. Die Folgen des Klimawandels waren in diesem Sommer in Mannheim wieder deutlich zu spüren. Um unsere Stadt auch unter den Bedingungen des Klimawandels weiterhin lebenswert und attraktiv zu gestalten, müssen die bestehenden Grünflächen gesichert und zusätzliche Flächen nicht nur in den dicht bebauten Quartieren entwickelt werden. Innerstädtisches Grün steigert die Wohnqualität und gleicht Temperaturspitzen aus. Die von der Landesregierung beschlossene Klimaanpassungsstrategie bietet eine gute Grundlage für vielfältige Lösungen. Die Städtebauförderung soll zukünftig vorrangig an Kommunen gehen, die eine kommunale Energiekonzeption als Bestandteil eines integrierten Stadtentwicklungskonzeptes vorweisen können. Vor allem mit der Entwicklung der Konversionsflächen hat Mannheim die einzigartige Chance, großflächig zukunftsfähige Stadtentwicklung umzusetzen. Um die Zielsetzung für Mannheim zu konkretisieren, möchten wir die Klimaschutzleitstelle verstärken, um eine Klimaanpassungsstrategie zu erarbeiten. Hier sollen die geplanten Umsetzungsmaßnahmen koordiniert und auf ihre Qualität überprüft werden, sowie Fördergelder akquiriert werden. Folgende Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel sind uns besonders wichtig:

- Sicherung großräumiger Freiraumstrukturen wie Kaltluftentstehungsgebiete, Grünzüge und innerstädtische Grünflächen zur thermischen Entlastung und zur Gesundheitsvorsorge;
- Sicherung ausreichender Durchlüftung, Anpassung der baulichen Dichte;
- Begrünungsmaßnahmen und Entsiegelung zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum;
- Anwendung der Empfehlungen aus der Stadtklimanalyse 2010 in der weiteren, klimaangepassten Stadtentwicklung;
- Öffentlichkeitsarbeit zur Sensibilisierung aller beteiligten Akteure wie Politik, Verwaltung und Bürgerschaft, für das Thema



Mit dem Gutachten zu Möglichkeiten der Dach- und Fassadenbegrünung in der Innenstadt macht sich Mannheim auf einen zukunftsträchtigen Weg, die verdichtete Innenstadt zu begrünen und damit die klimatische Situation in den Quadraten zu verbessern. Wir freuen uns, dass unsere Idee eines Programms zur Dach- und Fassadenbegrünung im städtischen Haushalt aufgenommen wurde. Mit Hilfe dieser Fördermittel wollen wir die Umsetzung der Begrünungsmaßnahmen im Rahmen von Dachsanierungen beschleunigen. Hier muss sichergestellt sein, dass auch ausreichend Finanzmittel zur Verfügung stehen, damit entsprechende Begrünungsmaßnahmen umgesetzt werden können. Ebenso wie die Dach- und Fassadenbegrünung können Hinterhöfe eine wichtige Rolle spielen. Auch diesen Aspekt wollen wir zukünftig bei der Stärkung der innerstädtischen Begrünung in den Fokus nehmen.

Bäume und Grünplanung

Die Situation der Stadtbäume in Mannheim ist schwierig, mittlerweile sind die Standorte für zusätzliche Baumpflanzungen in der Innenstadt nahezu ausgeschöpft. Wir erwarten allerdings neue Ideen durch das in Auftrag gegebene Gutachten zur Suche innerstädtischer Standorte. Für uns hat der Erhalt der vorhandenen Stadtbäume eine hohe Priorität, darüber hinaus setzen wir auf die Nutzung aller potentiellen Baumstandorte in den Quadraten. Wenn innerstädtisch Nachpflanzungen von Bäumen teurer sein sollten als im Vorort, müssen wir dies bewusst in Kauf nehmen, da innerstädtische Bäume für das Mikroklima im Stadtteil auch eine deutlich höhere Wertigkeit haben.

Bei den letzten Haushaltsberatungen haben wir ein Programm zur Neupflanzung von Bäumen durchgesetzt. Mit den eingeplanten Finanzmitteln für das Projekt „1000 Bäume“ wurden erste Erfolge erzielt. Dieses Programm reicht allerdings nicht, die anhaltenden Baumverluste und das aufgelaufene Baumdefizit zu begleichen. Dementsprechend werden wir für eine spürbare Erhöhung des Baumpflanzungsprogramms eintreten. Auch über weitere Baumspenden, wie sie im Feudenheimer Bürgerpark und der Augusta-Anlage erfolgreich umgesetzt werden, soll für zusätzliche Schatten- und Frischluftspender gesorgt werden.

Bei der Entwicklung der Konversionsflächen muss der Baumbestand geschützt werden kann. Die Offizierssiedlung mit ihren knapp 1.000 Bäumen und Sullivan mit seinem sehr alten Baumbestand sind besonders gefährdet. Hier sind wir als Stadt gefordert, nicht einfach den Interessen der Investoren nach kostengünstigem, renditeoptimiertem Bauen nachzugeben, sondern nachhaltig für das Gemeinwohl der Mannheimer Bürger*innen einzutreten. Wir werden uns in diesem

Sinne weiter für den Erhalt der Bäume einsetzen. Auch die Bäume auf privaten Grundstücken müssen besser geschützt werden. Die Mannheimer Baumschutzsatzung entspricht nicht mehr den heutigen Standards. Dementsprechend werden wir einen Vorschlag für deren Überarbeitung machen.

Die innerstädtischen Grünflächen werden mit zunehmender Bautätigkeit immer weniger. Wir werden uns für einen Bestandsschutz der noch vorhandenen Parks und öffentlichen Grünflächen in den besonders verdichteten Quartieren der Innenstadt, Neckarstadt und Schwetzingerstadt einsetzen, um die Lebens- und Wohnqualität vor Ort zu erhalten.

Bei der Entwicklung der großräumigen Grünflächen auf den Konversionsflächen von Franklin, Taylor und Spinelli sollen Wildwiesen und heimische Gehölze gepflanzt werden, sie verbessern die Artenvielfalt und sind kostengünstig zu pflegen. Diese zusätzliche Aufgabe ist nicht mit den bisherigen Mitteln des Umwelt-Dezernats zu leisten. Ab dem Haushalt 2018/2019 müssen die Mittel des FB 67 für die Pflege der neuen Grünflächen deutlich aufgestockt werden.

Die Stadt Mannheim hat 2012 die Konvention zur Biologischen Vielfalt in der Kommune unterzeichnet. Um deren Ziele in der Grünplanung umzusetzen, sollen bei der Neupflanzung von Bäumen und Gehölzen vorrangig heimische Arten eingesetzt werden, die einer Vielzahl von Tieren Lebensraum und Nahrung bieten und somit einen wichtigen Beitrag zur Biodiversität leisten.

Grundsätzlich halten wir es auch weiterhin für sinnvoll, die Grünleitplanung in das Umweltdezernat zu verlagern, um Umwelt- und Naturschutz sinnvoll zu bündeln. Darüber wollen wir mit den betroffenen Dezernaten das Gespräch suchen.

Natur-, Arten- und Gewässerschutz

Nach langjähriger Pause wird in Mannheim wieder ein Naturschutzgebiet ausgewiesen. Das neue NSG Coleman stellt auf 110 Hektar Sand- und Magerrasen von landesweiter Bedeutung unter Schutz. Hier sollen die seltenen, bestandsbedrohten Tier- und Pflanzenarten dauerhaft geschützt und unter Federführung des Landes gepflegt und weiterentwickelt werden. Ein sehr erfreuliches Projekt, das einmal mehr beweist, dass auch in einer Großstadt viel Natur und Artenreichtum möglich ist.

Für ein weiteres neues Schutzgebiet, das Landschaftsschutzgebiet Rheinau Kaserne, sollten Mittel bereitgestellt werden, damit Ankauf und Ausweisung als Naturschutzgebiet möglich werden.

Das im Rahmen der Straßenverlegung „Am Aubuckel“ beauftragte artenschutzrechtliche Gutachten für Spinelli und die Feudenheimer Au hat ebenfalls erfreuliche Funde aufgezeigt. Der Erhalt und die Weiterentwicklung der dortigen hochwertigen Lebensräume muss aus ökologischen und ökonomischen Gesichtspunkten bei allen weiteren Planungen im Mittelpunkt stehen. Wir wollen die wertvollen Biotope auf Spinelli schützen, gegebenenfalls auch über einen entsprechenden Schutzstatus. Dieses könnte im Anschluss an das Naturdenkmal „Die Bell“ die Sand- und Magerrasenstandorte stärken und die Lebensräume der vom Aussterben bedrohten Wildbienen und Vogelarten schützen.

Die Umsetzung und Pflege von Kompensationsmaßnahmen nach Bau- und Naturschutzrecht muss verbessert werden. Allzu häufig werden die Maßnahmen verspätet oder unzureichend umgesetzt, die ökologische Qualität leidet auch unter fachlich mangelhafter Pflege. In den nächsten Jahren ist eine verstärkte Bautätigkeit auf den Konversionsflächen zu erwarten. Wir müssen eine verbesserte Begleitung und Kontrolle der Maßnahmen sicherstellen. Die nach dreijähriger Pause wieder aufgenommene Biotopverbundplanung wird für die anstehenden Kompensationsmaßnahmen eine wertvolle Planungsgrundlage liefern. Sie ist deshalb zügig zu Ende zu führen.

Unsere Flüsse sind immer noch sehr technisch überformt. Wir wollen die aquatischen Lebensräume verbessern und mit Hilfe der erhöhten Fördergelder des Landes weitere Bausteine zur Renaturierung des Neckarufers z.B. bei Feudenheim umsetzen. Im Rahmen des Hochwasserschutzes wollen wir nach der Dammrückverlegung in Kirschgartshausen die Ausweitung und Wiedervernässung von Überschwemmungsgebieten wie Riedwiesen, Sandtorfer Bruch und Marktgrafenäcker voranbringen. Auch die Versickerung des Niederschlagswassers werden wir durch die Möglichkeiten verbessern, die uns Bauleitplanung in Baugebieten, Dachbegrünung und geringe Versiegelungen beim Bau von Stellplätzen bieten.

Luft, Wasser und Boden

Schutz und Reinhaltung unserer natürlichen Ressourcen Luft, Wasser und Boden sind die Grundlagen einer nachhaltigen Stadtentwicklung.

Die Luftqualität in Mannheim hat sich in den letzten Jahren deutlich verbessert. Innovationen in den betrieblichen Abläufen der Industrie und die Einführung der Umweltzone in den verdichteten Stadtgebieten haben eine positive Wirkung erzielt. Trotzdem gilt es hier mit weiteren Anstrengungen am Ball zu

bleiben – die Abgasaffäre von VW zeigt, wie anfällig das System ist. Die Belastungen der Luft durch CO₂, NO₂ und Feinstaub bleiben weiter ein Problem und beeinträchtigen die Gesundheit der Mannheimer Bürger*innen. Auf kommunaler Ebene müssen wir alles tun, um diese Gefährdungen zu minimieren, dazu zählen wir insbesondere:

- die Reduzierung des Individualverkehrs in der Innenstadt;
- die Förderung des ÖPNV;
- der verstärkte Ausbau des Fahrradwegesystems;
- die Pflicht für abgasarme Baumaschinen auf Baustellen in Mannheim;
- die Umrüstung der Busse auf E-Mobilität.

Um die Messwerte früher als bislang geplant für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen, setzen wir uns für eine zeitnahe Umstellung der Messstellen in Mannheim ein.

Die Böden und Gebäude der Konversionsflächen sind unterschiedlich stark belastet. Mit starken Bodenbelastungen ist auf Spinelli, Sullivan und Coleman zu rechnen. Wir verlangen transparente Entscheidungen im Rahmen der nötigen Sanierungen von Böden und Grundwasser, die ggf. ohne Termindruck von Seiten der Investoren durchgeführt werden müssen.

Die PFC-Problematik auf den Ackerböden im Norden ist noch lange nicht gelöst, ein Teil der Ernte konnte wegen zu hoher Belastungen dieses Jahr nicht vermarktet werden. Erfolgreiche und bezahlbare Sanierungsmaßnahmen der Böden sind müssen dringend entwickelt, ein Auswaschen der PFC-Verbindungen in das Grundwasser muss verhindert werden. Diese Erfahrungen machen einmal mehr deutlich, dass zum langfristigen Schutz von Böden und Grundwasser die landwirtschaftlichen Flächen auf Ökolandbau umgestellt werden sollten. Wir wollen die Flächen in städtischem Besitz bei Neuverpachtung verpflichtend darauf umstellen.

Tierschutz

Der Tierschutz wurde in Mannheim im Prinzip institutionell in der Verwaltung mit der Schaffung der/des ehrenamtlichen Tierschutzbeauftragten verankert. Leider ist die Stelle bis heute nicht besetzt, obwohl es anfangs mehrere Bewerbungen gab. Wir werden darauf drängen, dass die Stelle nun zügig besetzt wird. Denn es gilt vielfältige Herausforderungen im Bereich des Tierschutzes zu meistern. Vor allem fehlt es auch oft an Aufklärung über einen guten Umgang mit Tieren. Wir wollen erreichen, dass zukünftig keine Tiere unter Bedingungen gehalten oder eingesetzt werden, die nicht artgerecht sind, wie z.B. Wildtiere in Zirkussen oder Ponyreiten auf Weihnachtsmärkten.

Das Mannheimer Tierheim kümmert sich vorbildlich und leistet wichtige Arbeit. Diese müssen wir finanziell angemessen absichern.

Technischer Umweltschutz

Noch liegt die Pro-Kopf-Menge an Restmüll in Mannheim deutlich höher als in vergleichbaren Städten in Baden-Württemberg. Das wollen wir ändern. Das nun vorliegende Abfallwirtschaftskonzept ist eine gute Grundlage dafür. Durch die Einführung der Gelben Tonne und eine noch differenziertere Trennung des Abfalls, lassen sich die Mengen reduzieren.

Die Stadtreinigung hat erfolgreich die Gehwegreinigung in der Innenstadt aufgebaut. Dieses Pilotprojekt wird jetzt ausgewertet. Die Erfolge sind bereits spürbar und werden von der Bevölkerung sehr begrüßt. Wir wollen dieses System auf weitere verdichtete Kernstadtgebiete ausdehnen. Als nächstes stehen für das Jahr 2017 die Neckarstadt-West und der Jungbusch an.

Die Mannheimer Abwasserreinigung ist die erfolgreichste Kläranlage im Land, sowohl für die Bevölkerung als auch für die Industrie. Wir unterstützen das Ziel, die Städtentwässerung vollkommen energieautark zu machen. Die Wasserqualität von Rhein und Neckar hat sich in den letzten Jahren verbessert. Die Entwicklung der Pulveraktivkohlereinigung im Klärwerk Mannheim leistet hier deutschlandweit Pionierarbeit, in Kürze werden auf diese Weise nahezu die gesamten Abwässer Mannheims von Spurenstoffen, wie Hormonen, Arzneimittel und Haushaltschemikalien gereinigt.



Wirtschaftspolitik

Ökologie und Ökonomie sind keine Gegensätze mehr. Diese Annahme wurde längst überwunden. Ökonomie funktioniert nur, wenn sie gerade auch die Ökologie einbezieht und mitbedenkt. In Zukunft wird daneben auch das Gemeinwohl in den Blick rücken. An Unternehmen wird zu Recht von der Gesellschaft der Anspruch gestellt, dass ihr Handeln dem Gemeinwohl dienen soll. Dies möchte die Gesellschaft auch dokumentiert und überprüft wissen. Dieser Anforderung wird sich die Wirtschaft zukünftig stellen müssen, um bestehen zu können. Städtische Gesellschaften und die Stadt selbst stehen diesbezüglich in einer besonderen Verantwortung. Daher sollten in den Bilanzen soziale, gesundheitliche und ökologische Faktoren dargestellt und ausgewertet werden. Nicht nur die Höhe unserer Einnahmen und Gewinne, sondern gerade auch Umweltfreundlichkeit oder Gesundheit der Bürger*innen stellen den Zustand unserer Stadt dar. Daher setzen wir uns mittelfristig für die Erstellung einer Gemeinwohlabilanz für die Stadt Mannheim ein. In einem ersten Schritt sollten ein Eigenbetrieb und eine städtische Gesellschaft vorangehen und eine Gemeinwohlabilanz vorlegen.

Unter GRÜNEM Wirtschaften verstehen wir die Entkopplung des Wohlstandes vom Ressourcenverbrauch. Dazu ist ein ökologischer und innovativer Strukturwandel und die Steigerung von Energie- und Ressourceneffizienz notwendig. Wir wollen gerade Unternehmen, die in diesem Feld aktiv sind, bei uns ansiedeln. Wir setzen daher auch auf ein Gründungszentrum, dass sich explizit diesem Themenfeld zuwendet.

Wir sehen diesbezüglich ebenfalls in der sogenannten Industrie 4.0 eine große Chance. Diese Entwicklung lässt einen innovativen Wandel in Produktion und Dienstleistung erwarten. Als Stadt fördern wir den Austausch der hiesigen Unternehmen im Hinblick auf diese Entwicklung, u.a. durch die Netzwerkinitiative Smart Produktion Mannheim.

Mannheim ist nach wie vor ein großer Industriestandort, dem sich die Stadt Mannheim verpflichtet fühlt. Wichtig für die Entwicklung unserer Stadt ist es, dass diese Unternehmen gut aufgestellt sind und zukunftsorientiert produzieren. Wenn Unternehmen in wirtschaftliche Schwierigkeiten kommen, spürt dies die ganze Stadtgesellschaft. Davon müssen wir unabhängiger werden. Die Zukunft unserer Stadt darf nicht von der Qualität einzelner Entscheidung der Großindustrie abhängen, auf die wir als Stadt keinen Einfluss haben. Mannheim wird auch in Zukunft einer der wichtigen Industriestandorte für die Region und das Land Baden-Württemberg bleiben. Ziel muss es

aber sein, in der Wirtschaftsstruktur unabhängiger von der Situation einzelner Industrieunternehmen zu werden. Eine weitere Stärkung von Dienstleistung und Handel bietet diesbezüglich eine Perspektive. Die Stärkung unserer lokalen Wirtschaft wäre ohne Entwicklung und Innovationen kaum möglich. Innovation lebt von Kreativität und Ideen, die wiederum nur in einem lebendigen und attraktiven Umfeld gedeihen. Dieses Umfeld bietet die Stadt Mannheim. Sie fördert es aktiv, u.a. durch die Clusterbildung Kultur- und Kreativwirtschaft sowie die Einrichtung von Kreativwirtschaftszentren. Aber nicht nur im Kreativbereich, auch in weiteren wichtigen Themenfeldern bietet die Stadt mit ihren Gründungszentren Menschen auf dem Weg zur Selbstständigkeit Gründungsinfrastruktur, Räume und Beratung an. Hier sind wir deutschlandweit vorbildlich. Mannheim hat in den letzten Jahren durch diese Strategie dazu beigetragen neue Branchen anzusiedeln und somit neue Arbeitsplätze zu schaffen. Sie hat ebenfalls die Quantität in der Existenzgründung erhöhen können. Unsere zukünftige Aufgabe ist es nun, dies zu evaluieren und fortzuentwickeln. Mannheim sollte nicht nur in der Vielfalt ihrer Gründungsberatung, sondern auch nachweisbar qualitativ gut aufgestellt sein. Weiteres Potenzial gibt es noch in einer starken Zusammenarbeit mit unseren Hochschulen. Insbesondere die Beziehungen zur Universität Mannheim bieten Möglichkeiten der stärkeren Kooperation.

Handel und Kongreßtourismus sind ein weiterer Pfeiler der Mannheimer Wirtschaft. Im Handel ist derzeit vieles im Umbruch, weit über den innerstädtischen Umbau von Planken und Q6/Q7 hinaus. Mit dem Umbau der Planken unterstützt die Stadt diesen Wirtschaftsbereich durch eine große Investition. Hier müssen wir zügig klären, wie es mit den Nebenstraßen weitergeht. Ebenfalls zur Stärkung von Handel und Tourismus dient das freie W-Lan-Angebot der Stadt. Die Nutzerzahlen sind enorm. Ein relevanter Teil der Nutzer*innen sind Gäste, d.h. Tourist*innen oder auch Geschäftsleute, die unsere Stadt besuchen. Von vielen wird dieses Angebot heute schon als Standard erwartet. Wir wollen das freie W-LAN Stück für Stück auf alle wichtigen öffentlichen Plätze in und um die Mannheimer Innenstadt ausdehnen. Wir setzen dabei auch auf die Zusammenarbeit mit Organisationen wie Freifunk Rhein-Neckar. Die Zuwächse an sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen in unserer Stadt sind äußerst positiv. Davon profitieren weite Teile der Gesellschaft. Nachholbedarf sehen wir vor allem im Bereich der Langzeitarbeitslosen. Hier wollen wir neue Modelle erproben, um auch diese verfestigte Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Die Stadt Mannheim selbst ist gut aufgestellt. Sie ist eine attraktive Arbeit-

geberin und arbeitet an weiteren Verbesserungen. Insbesondere ist die hohe Zahl an Ausbildungsplätzen als vorbildlich zu bezeichnen. Die Ausbildungsoffensive hat unsere volle Unterstützung.



Sozialpolitik

Oberstes Ziel unserer Sozialpolitik ist es, das Auseinanderdriften der Gesellschaft zu stoppen oder zumindest im ersten Schritt zu verlangsamen. Jede und jeder hat ein Recht auf Teilhabe und gleiche Chancen verdient. Diesem Ziel muss sich die kommunale Sozialpolitik annehmen.

Wir begrüßen, dass sich die Stadt Mannheim mit der Erstellung des Sozialatlas auf den Weg gemacht hat, die soziale Stadtentwicklung und v.a. auch die kleinräumigen Entwicklungen in den Stadtteilen und Quartieren mit Hilfe von möglichst aktuellen Daten darzustellen. Allerdings fehlen dabei Handlungsempfehlungen und zukunftsorientierte Maßnahmen um die Situation der Menschen zu verbessern. Es muss Ziel einer zielorientierten Kommunalpolitik sein, dass sich die zukünftigen Entscheidungen an diesen Daten orientieren, um so den größtmöglichen stadtgesellschaftlichen positiven Effekt zu bewirken. Dazu passen jedoch keine Einsparvorschläge, wie sie für das Quartier Waldhof-Ost im Rahmen des Haushaltstrukturprogrammes II gemacht wurden. Ganz besonders große Sorge bereitet uns der hohe Anteil an Kindern die auch in unserer Stadt in Armut leben: Diese immer mehr präventiv und nicht nur mit den Mitteln der Jugendhilfe reaktiv anzugehen, setzt aber eine regelmäßige Beschäftigung mit diesem Thema auf einer fundierten Grundlage voraus. Der Sozialatlas muss durch einen echten Armuts- und Reichtums-

bericht ergänzt werden, der regelmäßig aktualisiert wird. Hier regen wir zur Erzeugung synergistischer Effekte an, sich mit den entsprechenden Aktivitäten der baden-württembergischen Landesregierung abzustimmen. Wenn wir das Auseinanderdriften der Gesellschaft stoppen wollen – und wir GRÜNE haben dieses Ziel – dann können wir die immer schnellere Anhäufung von Reichtum nicht aus dem politischen Blick lassen.

Im Sozialbereich werden ähnlich wie z.B. im Jugend- oder Gesundheitsbereich wichtige Aufgaben durch freie Träger umgesetzt. Dies wird zu einem erheblichen Teil von der Stadt finanziert oder zumindest mitfinanziert. Die entsprechenden Zuschüsse, die größtenteils Personalkostenzuschüsse sind, wurden aber teilweise seit 10 oder 15 Jahren nicht angepasst. Die tariflichen Personalkostensteigerungen müssen aber irgendwie kompensiert werden. Sofern dies nicht durch Spenden möglich ist, muss Stück für Stück der Umfang der Hilfeleistung reduziert werden. Diesen schlechenden Ausstieg aus der Sozialpolitik werden wir nicht akzeptieren. Zuschüsse für Personalkosten müssen eine dynamische Steigerung beinhalten. Wir wissen, dass die Dynamisierung aller Personalkostenzuschüsse eine riesige Aufgabe ist, aber zumindest ein Einstieg in diese Dynamisierung muss der kommende Haushalt leisten.

Zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist Mobilität eine wichtige Voraussetzung. Dies ist nicht nur für die freie Persönlichkeitsentfaltung wichtig, sondern auch um Pflichten zu erfüllen. Hier sind beispielsweise Behördenbesuche oder Arzttermine zu nennen, der Besuch von Angehörigen oder auch die Teilnahme an kulturellen Angeboten. Auch einkommensarme Menschen müssen mobil sein. Aus diesem Grund hat Mannheim vor drei Jahren das Sozialticket für Inhaber*innen des Sozialpasses eingeführt. Mit den subventionierten Einzelfahrscheinen trägt es zur Teilhabe von Menschen mit geringem Einkommen am gesellschaftlichen Leben bei. Da die Mehrfahrtentickets aber in den letzten beiden Jahren teurer geworden sind, ist eine Anpassung der zur Verfügung stehenden Zuschusssumme notwendig.

Darüber hinaus fordern die Stadtverwaltung auf, gemeinsam mit den beteiligten Kommunen durch Verhandlungen mit dem VRN perspektivisch ein RNV-weites Sozialticket einzuführen. Denn Mobilität sollte nicht auf das Stadtgebiet begrenzt sein. Auch Menschen mit geringem Einkommen haben Termine und Verpflichtungen außerhalb der Stadtgrenzen. Heidelberg und Ludwigshafen haben mittlerweile ein Sozialticket eingeführt, allerdings in anderer Ausgestaltung. Es macht Sinn, diese Einzellösungen zu einer

gemeinsamen regionalen Lösung zusammenzuführen. Eine gemeinsame, verbundweite Lösung ist das Ziel.

Das Recht auf Teilhabe gilt selbstverständlich auch in vollem Umfang für Menschen mit Behinderung. Wir wollen die Umsetzung von Inklusion in Mannheim voranbringen. Wir begrüßen, dass in den letzten Monaten der Teilhabeplan Wohnen und Arbeiten in Zusammenarbeit mit den verschiedenen Akteur*innen überarbeitet wurde und der Teilhabeplan „Soziale Teilhabe“ neu erstellt wurde. Jetzt gilt es die darin vereinbarten Handlungsempfehlungen sukzessive abzuarbeiten. Dringenden Handlungsbedarf gibt es u.a. beim Ausbau wohnortnaher Angebote, bei der Bereitstellung von bezahlbarem barrierearmem Wohnraum und bei der Heranführung an den allgemeinen Arbeitsmarkt bzw. der Aufnahme eines sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisses. Außerdem muss der Aktionsplan für Menschen mit Behinderungen aus dem Jahr 2011 aktualisiert werden. Auch hier gilt es in einem Dialogprozess zu überprüfen, welche Empfehlungen bereits umgesetzt wurden, und bei welchen noch ein Handlungsbedarf besteht, bzw. ob neue Empfehlungen formuliert werden müssen. Eine schnelle Neubesetzung der Stelle des Behindertenbeauftragten der Stadt Mannheim ist unabdingbar, um weiterhin als Ansprechpartner der Ratsuchenden bei allen Fragen in Zusammenhang mit Behinderung zur Verfügung zu stehen und die Teilhabe der Mitbürger*innen mit Behinderung zu fördern.

Gesundheit

Leider steht das Politikfeld Gesundheit in Mannheim noch immer im Schatten des Hygieneskandals am Universitätsklinikum (UMM). Die noch nicht abgeschlossene Aufarbeitung der Umstände und Verantwortlichkeiten in der Vergangenheit und die auch dadurch fortgesetzte negative Berichterstattung belasten das Ansehen der weiterhin auf hohem Niveau leistungsfähigen Universitätsmedizin und versichern weiterhin die hochengagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Ärzteschaft, Pflegedienst und Technischen Diensten. Wir hoffen, dass die Eingang zwischen UMM und dem Wissenschaftsministerium zu einem Klima von echter Kooperation zwischen Fakultät und Klinikum zurückführen wird und eine positive Entwicklung in Krankenversorgung, Forschung und Lehre endlich wieder fortgesetzt werden kann. Wir vertrauen dabei ausdrücklich dem transparenten und problemlösungsorientierten Führungsstil der derzeitigen ärztlichen und kaufmännischen Geschäftsführung! Wir sind uns aber auch bewusst, dass die grundsätzlichen Schwierigkeiten der aus-



kömmlichen Finanzierung von Hochschulmedizin in Deutschland nicht alleine, ja am wenigsten auf der Geschäftsführungsetage der UMM gelöst werden können. Ohne eine grundsätzliche Lösung auf Bundes- und Landesebene werden wir aber weiter auf dem Grat zwischen zunehmender Arbeitsverdichtung und Ergebnisdefiziten wandern müssen, was auf Dauer nicht haltbar sein wird.

40 Jahre ist es nunmehr her, dass mit der Eröffnung des Zentralinstitutes für Seelische Gesundheit in Mannheim deutsche Psychiatriegeschichte geschrieben wurde und ein wesentlicher Beitrag zur Entstigmatisierung von Psychisch Kranken und Behinderten seinen Anfang nahm. Und im 26. Jahr befindet sich die Arbeit des Sozialpsychiatrischen Dienstes in Mannheim, welcher mit seinen Angeboten insgesamt gut ausgebauten Netz stationärer, teilstationärer, ambulanter sowie selbsthilfeorientierter Hilfen maßgeblich dazu beiträgt, dass der moderne Grundsatz „ambulant vor stationär“ auch für diese Personengruppe gilt. Ein wichtiger Faktor ist hierbei die Tagesstätte des Sozialpsychiatrischen Dienstes, welche allerdings an ihre Kapazitätsgrenzen stößt und der Ausweitung ihrer Öffnungszeiten bedarf.

Einen positiven Beitrag zur lokalen Vernetzung vorhandener Angebote stellt das noch junge Format der „Gesundheitskonferenz“ dar. Auf der dritten Tagung in diesem Herbst in der Neckarstadt-West wird das Thema Gesundheit im Alter und Migration sein. Mit überschaubarem Aufwand kann hier eine enorme Wirkung entfaltet werden.

Mit Sorge betrachten wir die Entwicklungen im Bereich der kommunalen Suchtkrankenhilfe. Hier zeigt sich nochmals exemplarisch das Problem freier Träger. Sie helfen kommunale Aufgaben zu bewältigen, erarbeiten hierfür gemeinsame Kooperationsver-

einbarungen mit der Stadt und müssen schließlich feststellen, dass kein geeignetes Instrument für eine angemessene Dynamisierung der kommunalen Zuschüsse implementiert wird, um Kostensteigerungen angemessen auszugleichen. Hier hat die fehlende Dynamisierung ganz konkret zur Folge, dass wir wohl eine quantitative Minderung des freiwilligen Angebotes für Suchtkranke in unserer Stadt erfahren werden, da die freien Träger durch Fusion ihrer Suchtberatungsangebote Kostensteigerungen und Zuschussminderungen ausgleichen. Damit gehen Quantitäten verloren und wohl auch innovative Ressourcen, welche wir z.B. für eine effektivere Prävention benötigten.

Im Bereich des Mannheimer Rettungs- und Gesundheitswesens gibt es ein hohes und flexibles Engagement von vielen Haupt- und Ehrenamtlichen. Wir schätzen und würdigen diesen Einsatz für die in so kurzer Zeit zu uns geflüchteten und migrierten Menschen. Der Fachbereich Gesundheit koordiniert diesbezüglich unaufgereggt, flexibel und am Ende effektiv die kommunalen Aufgaben in diesem Feld. Niedergelassene Ärzteschaft und Krankenhäuser kooperieren bei allen Schwierigkeiten im Detail vorbildlich und das ehrenamtliche Engagement so vieler ist die Grundlage für eine auch in angespannter Situation letztlich positive Stimmung und Zuversicht in unserer Stadt, diese Herausforderung zu meistern.

Kinder und Jugendliche

Wir leben in Mannheim wie in ganz Deutschland in Zeiten eines kinder- und jugendpolitischen Paradoxons. Weniger Kindern und Jugendlichen stehen gewachsene Anforderungen für Familien, Bildungseinrichtungen und professionelle wie ehrenamtliche Hilfssysteme gegenüber. Die Versuchung ist groß, dabei zu einseitig in den durchaus wichtigen Kategorien von Qualifizierung für Berufs- und Arbeitswelt oder der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu denken. Zu schnell kommen Bemühungen um die Förderung kindlicher und erst recht jugendlicher Autonomie und Mitbestimmung zu kurz. Dies wird beispielhaft deutlich an der gesetzlichen Zuordnung der Jugendförderung zu den freiwilligen kommunalen Leistungen. Kindern und Jugendlichen aber wirksame Möglichkeiten zum Mitdenken, Mitreden und Mitentscheiden und zur angemessenen Mitgestaltung zu geben ist jedoch kein Luxus für Zeiten voller Kassen, sondern ein Fundament für eine sich immer wieder erneuernde demokratische Gesellschaft. Je weniger

informelle Übungsfelder in Form von Geschwistern und gleichaltrigen Verwandten, Nachbarskindern auf der – wenig befahrenen und nicht zugeparkten – Straße oder bei freiem Spiel und unverzwecktem realen Kontakt ganz selbstverständlich zur Verfügung stehen, desto wichtiger ist die systematische Bereitstellung räumlicher und personaler Ressourcen, damit Kinder und Jugendliche entsprechende Erfahrungen machen können.

Das vom Dezernat V vorgelegte Konzept für die städtischen Spielflächen in Mannheim begrüßen wir vor diesem Hintergrund ausdrücklich. Ausreichend öffentlicher Raum für Kinder und Jugendliche in einem guten Zustand muss uns allen wichtig sein, ja generell sollten die Belange von Kindern und Jugendlichen angemessen bei allen baulichen Fragen und der Gestaltung des öffentlichen Raumes viel mehr Berücksichtigung finden! Wir halten es für richtig, dass eine konzeptionelle Gesamtbetrachtung aller Spielflächen erfolgt, welche eine Priorisierung und Planung der einzusetzenden Mittel ermöglicht, so dass nicht mehr der aktuell „Lauteste Zuruf“ über die Verwendung entscheidet, sondern eine gründliche Abwägung der Bedarfe. Nicht jedes Spielgerät ist sinnvoll und muss ersetzt werden. In einigen Fällen ist es gerade pädagogisch wertvoller, Spielflächen naturnäher und -belassener auszuweisen. Die Mittel für Spielplätze wollen wir nicht kürzen, sondern entstehende finanzielle Spielräume für qualitative Verbesserungen nutzen. Wir begrüßen ausdrücklich die Diskussion in den Stadtteilen, geben doch die Diskussionen vor Ort und in den Bezirksbeiräten den Anlass, auch generell über die Möglichkeiten und Probleme von Kindern und Jugendlichen im öffentlichen Raum zu reden und diesem Thema Öffentlichkeit zu verschaffen.

Damit Jugend gemäß dem alten Grundsatz der Jugendbewegung „sich selbst leitet“ und zu organisieren lernt, bedarf es mehr gezielter Anstrengung. Auch deshalb unterstützen wir den weiteren Aufbau der bereits beschlossenen Jugendtreffs in der Schwetzingerstadt und auf dem Luzenberg und setzen uns für einen noch fehlenden Jugendtreff im Wohlgelegen ein. Und weil es uns gezielt um die Selbstorganisation von Jugendlichen geht, möchten wir die notwendigen Sanierungsarbeiten des JUZ und die angemessene finanzielle Ausstattung des Stadtjugendringes sicherstellen. Auch am Beispiel der Jugendverbandsarbeit lässt sich das erwähnte Paradoxon nochmals aufzeigen: Jugendverbandsarbeit wird heute vielfältiger, weil auch die Kinder und Jugendlichen und ihre Lebensumstände vielfältiger, wenn auch weniger werden. Wir begrüßen es ausdrücklich, das sich gerade die relativ wachsende

Anzahl von Jugendlichen mit Migrationshintergrund zunehmend in der Jugendverbandsarbeit zu organisieren versucht und damit ein wichtiges Integrationsziel erreicht werden kann. Hier werden wir die Aufnahme weiterer Jugendverbände im Stadtjugendring daher finanziell unterstützen.

Ebenso vielfältiger wie die Aufgabenstellungen der Jugendförderung haben sich die Anforderungen an die Systeme der Erziehungs- und Jugendhilfe ausdifferenziert. Obwohl als kommunale „Pflichtaufgabe“ finanziell prinzipiell abgesichert, so verlangt die wachsende Vielzahl an Problemlagen von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien ebenso wie die Betreuung und Versorgung von Unbegleiteten minderjährigen Ausländer*innen eine Vernetzung mit dem Bildungs- und Gesundheitswesen, was derzeit noch nicht dementsprechend rechtlich und finanziell abgesichert ist. Hier sehen wir die starke Belastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die stetige Arbeitsverdichtung mit steigenden Fallzahlen je Mitarbeiter*in kann so nicht weitergehen. Hier zeigt sich deutlich, dass sich eine einseitig ökonomisch ausgerichtete Ressourcensteuerung in herausfordernden Situationen am Ende kontraproduktiv und wohl auch teurer auswirkt.

Wir standen bekanntermaßen den strukturellen Veränderungen im Jugendamt sehr kritisch gegenüber. Die Schwierigkeiten im Verlauf des bisherigen Konzeptionsprozesses bestärken uns in unserer kritischen Grundhaltung. Eine durchaus wünschenswerte und mögliche Regionalisierung darf nicht mit einem Aufwuchs an Schnittstellen und Leitungspositionen bei gleichzeitiger Mehrbelastung der zahlenmäßig unveränderten Mitarbeiter*innen durch vermehrte interne Abstimmungsprozesse einhergehen.

Zielvereinbarungen mit den freien Trägern, wie im Bereich der Erziehungsberatungsstellen, müssen angemessen ausgestattet werden, Overhead- und Sekretariatskosten berücksichtigt werden. Wie aber kann ein niederschwelliges System funktionieren und helfen, Folgekosten zu sparen, wenn z.B. die telefonische Erreichbarkeit stark begrenzt oder von teureren Fachkräften am Ende unwirtschaftlich neben den eigentlichen Aufgaben mit gewährleistet werden muss.

Im Bereich der Kinderbetreuung hatten wir einen Attraktivierungsfonds für Erzieher*innen installiert, der nun entfällt. Wir tragen diese Sparmaßnahme mit, weil wir nachvollziehen können, dass die hierdurch finanzierten Maßnahmen in der bisherigen Form nicht mehr dringlich angezeigt sind. Hinsichtlich der Fragen der konkreten Arbeitssituation von

Erzieher*innen und der Personalentwicklung und -förderung in diesem Bereich werden wir aber weiterhin kritisch wachsam bleiben, da die personale Ressource in diesem Bereich einer der wichtigsten Wirkfaktoren für eine möglichst hohe pädagogische Qualität ist. Nach dem Ausbau der Plätze im Krippenbereich, wird vor allem der qualitative Ausbau im Krippen- und auch im Kindergartenbereich zukünftig im Mittelpunkt stehen. Dies begrüßen wir ausdrücklich. Zentraler Punkt aus Elternsicht ist dabei die Schaffung von Ganztagesplätzen. Dies unterstützen wir, nicht nur aus dem Blickwinkel der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sondern vor allem auch aus pädagogischen Gründen und dem Blick auf das Thema Bildungsgerechtigkeit.

Bildung

Alle Kinder haben die gleichen Chancen verdient, unabhängig von ihrer Herkunft. Dies zu verwirklichen ist zu Recht eines der strategischen Ziele unserer Stadt. Die wichtigsten Grundlagen dafür werden bereits in den ersten Jahren gelegt, das Schulsystem setzt dann im Anschluss fort. Wir wollen das Schulsystem weiter umbauen und zukunftsgerecht machen. Wir setzen auf einen weiteren Ausbau von Ganztagesschulen. Dabei hat für uns die verbindliche Form Vorrang, da nur sie die pädagogisch wertvolle Rhythmisierung des Schulalltages sicherstellen kann. Die Landesregierung hat wie versprochen das Jahrzehntelange Versäumnis der Vorgängerregierungen korrigiert und den Status von Ganztagesgrundschulen gesetzlich abgesichert. Diese Chance wollen wir nutzen und weitere Ganztagesschulen schaffen. Dafür braucht es aber ein stadtweites Konzept, wo und in welcher Form es Ganztagesschulen geben soll, welches wir dringend in Zusammenarbeit mit den Schulen und Eltern erarbeiten wollen. Einige Ganztagesschulen sind auf dem Weg, aber es gibt auch Projekte, die gescheitert sind. Wir bedauern es außerordentlich, dass sich die Erich-Kästner-Schule am Ende gegen die Ganztagesschule entschieden hat. Besonders kritisch sehen wir, dass letztlich der Wunsch einiger Lehrkräfte, gesichert nur halbtags zu arbeiten, entscheidend mit zu dieser Entscheidung geführt hat. Wo für Kinder eine Ganztagesschule sinnvoll ist, darf sie nicht an solchen Motiven scheitern. Hier müssen wir auch als Stadt überlegen, wie wir Anreize schaffen, damit sich solche Entwicklungen nicht wiederholen.

Wir wollen auch die Konzeption von MAUS überarbeiten. So war MAUS ursprünglich ein Programm für die Förderung benachteiligter Schüler*innen. Das Programm brachte zwar unabhängig von der Herkunft

des Kindes positive Ergebnisse, aber letztlich keine besondere Stärkung benachteiligter Kinder und Jugendlicher. Danach sollte MAUS ein Programm sein, dass Schulen auf dem Weg zur Ganztagesschule begleitet. Auch hier brachte MAUS zwar gute Ergebnisse für Schüler*innen, aber zum Ziel Schulen zu Ganztageschulen zu entwickeln, hat es keinen wirklichen Beitrag geleistet. MAUS sollte so fortentwickelt werden, dass es bestehende Ganztageschulen unterstützt. Dies muss Priorität haben. Wenn dies so umgesetzt wird, dann gibt es auch einen Anreiz Ganztageschule zu sein oder zu werden. Wenn die Programmteilnahme gestrichen wird, sobald eine Schule Ganztageschule ist, wirkt das Programm im Endefekt sogar kontraproduktiv auf dem Weg zu mehr Ganztageschulen.

Neben der Ganztagesschule, die wir auch für die weiterführenden Schulen fördern wollen, setzen wir auf die Gemeinschaftsschule. Mit der Kerschensteinerschule haben wir eine außerordentlich erfolgreiche Schule in unserer Stadt. Ebenso wie die einzige Gesamtschule IGMH hat auch die Kerschensteinerschule mehr Andrang als sie aufnehmen kann. Und das, obwohl ein Teil des politischen Spektrums versucht, diese Schulen aktiv schlecht zu reden, um die eigene Ideologie durchsetzen zu können. Wir sehen es als großen Erfolg, dass das jahrelange Bemühen von GRÜNER Seite, das Geld für angemessene Räumlichkeiten für die Kerschensteinerschule bereitzustellen, nun Erfolg hatte. Das ist ein wichtiger bildungspolitischer Erfolg!

Neben der Johannes-Kepler-Schule, die bereits offiziell einen Antrag auf Einrichtung einer Gemeinschaftsschule gestellt hat, bietet sich auch der Rheinau eine gute Perspektive für eine Gemeinschaftsschule. Die Pfingstbergschule hat deutlich ihr Interesse bekundet, und auch an der Konrad-Duden-Schule scheint es Bewegung zu geben. Die Rheinau wäre sogar der ideale Standort für eine Gemein-



schaftsschule. Dort könnte es eine Gemeinschaftsschule mit Oberstufe geben, da das Einzugsgebiet ohne gymnasiale Oberstufe sehr groß ist und auch die Gebäude genügend Raum böten. Wir wollen, dass hier ein guter Prozess zwischen den beiden Schulen angestoßen wird. Diese Chance sollten wir nicht leichtläufig vergeben, sondern auch professionelle Unterstützung von außen einbeziehen.

Dass die Schulart Werkrealschule keine Chance hat, ist allgemein bekannt, wenn auch nicht allseits akzeptiert. Denn diese Erkenntnis bringt bei manchen Parteien die bildungspolitische Ideologie des Festhaltens am dreigliedrigen Schulsystem zum Einsturz. Diese Dreigliedrigkeit auf Grundlage des Gesellschaftssystems des neunzehnten Jahrhunderts ist im 21. Jahrhundert nicht mehr zu retten.

Betroffen ist davon auch die Geschwister-Scholl-Werkrealschule. Diese hat gute Arbeit geleistet und tut dies noch immer, auch wenn die Bedingungen für sie schwieriger werden. Die Schule hat absolut Veränderungsbereitschaft gezeigt. Leider sind die Umstände für die Schule so unglücklich, dass ein Zusammensehen mit der Realschule nicht zustande kommt und die Schule alleine keine Perspektive hat. Auch wenn uns die Entscheidung schwerfällt, ist es an der Zeit, eine Entscheidung über ein Auslaufen der Schule, also eine Schließung in 3-4 Jahren, zu treffen. Dies hilft auch der Umsetzung der Neugestaltung des Schulstandortes Vogelstang, der dringend einer Perspektive bedarf.

Ein ähnliches Schicksal wie die Werkrealschule werden, zumindest zu großen Teilen, in absehbarer Zeit auch die Förderschulen erwarten. Hier ist ebenfalls absehbar, dass ein Großteil der Eltern trotz der guten Arbeit an den Förderschulen eine inklusive Beschulung in Regelschulen vorziehen wird. Auch hier sollten wir rechtzeitig in eine Zukunftsplanung mit den Schulen wieder einsteigen.

Für alle Schulen ist die Schulsozialarbeit von Nöten. Der Ruf nach Schulsozialarbeit hat in den letzten Jahren enorm zugenommen. Sehr hilfreich ist die finanzielle Beteiligung des Landes an der Schulsozialarbeit. Dadurch konnten wir diese in den letzten Jahren bereits deutlich ausbauen. Wir GRÜNE hatten die Erarbeitung einer neuen Prioritätenliste für den Ausbau der Schulsozialarbeit gefordert. Leider wurde dies aus finanziellen Gründen verzögert. Wir erwarten, dass das fertig ausgearbeitete Konzept dem Gemeinderat noch vor den Haushaltsberatungen vorgelegt wird, damit wir die Schulsozialarbeit zielorientiert ausbauen können und nicht dort, wo am lautesten danach gerufen wird.

Im beruflichen Schulbereich gibt es ein neues Programm, das mehr Schüler*innen in die Ausbildung bringen will. Wir begrüßen sehr, dass Mannheim unter den ersten Standorten dabei ist. Wir werden dieses Programm genau beobachten und wollen es bei Erfolg zügig ausbauen. Der Übergang Schule-Beruf ist für viele Jugendliche eine schwierige Bruchstelle. Hier können wir durch spezielle Unterstützung viel erreichen.

Auch die Mannheimer Abendakademie leistet fantastische Arbeit und erreicht gerade Menschen mit schwierigen Lebensbiografien und verschafft diesen Menschen neue Perspektiven. Die Mannheimer Abendakademie ist eine der erfolgreichsten Volks hochschulen Deutschlands. Wir erwarten, dass dies auch von der Stadtverwaltung zukünftig stärker gewürdigt und wertgeschätzt wird und die Abendakademie bei der nächsten Mieterhöhung nicht wieder um die versprochene Refinanzierung kämpfen muss. Die Abendakademie hat unsere volle Unterstützung verdient.

Die Diskussion über eine zukunftsfähige Stadtbibliothek wollen wir in den nächsten zwei Jahren intensiv führen, damit wir im Rahmen der nächsten Haushaltsberatungen eine Investitionsentscheidung treffen können. Es muss geklärt werden, welche Bedarfe eine moderne Bibliothek in Mannheim hat, ob eine gemeinsame Einrichtung mit dem Institut für Deutsche Sprache machbar ist und wie wir bei Auszug der Stadtbibliothek das Stadthaus N1 sinnvoll weiter nutzen können.

Den Betrieb und die Instandhaltung der Mannheimer Schulgebäude haben wir mittlerweile komplett der BBS übertragen. Das war ein richtiger Schritt. Dort werden Rücklagen geschaffen, damit auch in einigen Jahren noch die Schulgebäude in einem guten Zustand gehalten werden, anstatt wie in der Vergangenheit Unterhalt nach Kassenlage zu betreiben. Wir halten an dem Ziel fest und wehren uns gegen Versuche, die Rücklagen zu verfrühtücken. Sehr bedauerlich ist, dass wir unser Ziel, jedes Jahr 1% der verbesserungswürdigen Flächen zu sanieren, mit dem kommenden Haushalt nicht umsetzen und keine Verbesserungen möglich sind. Wir müssen uns in der Haushaltsstrukturkommission dringend verständigen, wie wir weitere wichtige Schulbauvorhaben wie beispielsweise Friedrich-Ebert-Schule, Geschwister-Scholl-Schulen, Humboldtschule, und andere voranbringen wollen. Hier braucht es Perspektiven für die Schulen, die auch klar zeitlich benannt sind.

Sport und Freizeit

Für den Sportbereich wurde die Frage in den Raum gestellt, ob ein Modell vergleichbar der BBS, welche die Schulen betreut, oder gar ein noch weitreichenderes Modell ins Auge gefasst werden sollte. Diese Diskussion einer alternativen Organisations- und Trägerstruktur der städtischen Bäder ist für uns allerdings nachrangig zu führen. Ja, wir warnen sogar ausdrücklich vor einer Ausgliederung, ohne ausreichende investive Mittel auf den Weg gebracht zu haben. Inhaltlich-konzeptionell sind wir hier dank der guten Kooperation aller Beteiligten im Arbeitskreis Bäder und einer fachlich soliden Begleitung auf einem guten Weg zu einer sportlich und ökonomisch vernünftigen Lösung. Wie wir eine solche, am Ende auch von der ökonomischen Betriebsseite sinnvolle Lösung, investiv in Gang bringen können, ist jedoch noch völlig unklar.

Es ist zu begrüßen, dass die Stadtverwaltung von der bisherigen mittelfristigen Finanzplanung abgewichen ist und 200.000 Euro pro Jahr zusätzlich für den Sportstättenbau und -erhalt sowie 2 Millionen Euro für die Neukonzeption der Mannheimer Schwimmbäder vorgesehen hat. Zur nachhaltigen Sicherung der Sportinfrastruktur bleibt dies dennoch hinter dem Notwendigen zurück. Zumindest auf dem Niveau der beiden letzten Jahre müssten aus unserer Sicht die Mittel für Sportstättenbau und -erhalt gehalten werden. Wünschenswerte Fusionsprojekte wie die der Sandhofener Sportvereine oder die Neuordnung des Sportparks beim VfR Mannheim können nur mit finanzieller Unterstützung gelingen. Wünschenswert wäre daher ein langfristiges Infrastruktur-Finanzierungskonzept über die nächsten zehn Jahre. Weiterhin ungelöst scheint uns das Problem der Betriebskosten des 1848er-Sportplatzes, wo das vorbildliche bürgerschaftliche Engagement abgesichert werden sollte. Die Sportvereine brauchen insgesamt angesichts der Kostenentwicklung der vergangenen Jahre eine Unterstützung hinsichtlich ihrer Kosten für Pflege und Unterhalt ihrer Sportstätten sowie für die Energiekosten. Auch eine der zentralen Veranstaltungen des Mannheimer Breitensportes, das traditionsreiche und beliebte „Sport und Spiel“ am Wasserturm wird ohne Berücksichtigung der Kostensteigerungen auf Dauer kaum überlebensfähig sein.

Infrastruktur und Betrieb der Sportstätten ist aber nur eine Säule des Sports. Die andere Säule ist Engagement von ehrenamtlichen und hauptamtlichen Sportler*innen. Und darauf ist in Mannheim Verlass! In mehr als 90 Arbeitsgemeinschaften füllen die Sportvereine die Kooperation von Ganztagschule und



Sport mittlerweile stadtweit mit Leben. Auch bei der derzeitig akuten großen Herausforderung, der Aufnahme von Tausenden von Menschen in unserer Stadt, engagieren sich sportbegeisterte Menschen mit zahlreichen Freizeit- und Sportangeboten für die Menschen in den Unterkünften, auch unter oft sehr schwierigen Bedingungen. Diese Bedingungen in BFV, Spinelli und Hammonds strukturell zu verbessern, wird sowohl den aktuell Betroffenen helfen als auch das künftige sportliche Engagement in unserer Stadt nachhaltig voranbringen. Das derzeit zumeist ehrenamtliche Engagement sowohl an den Schulen als auch in den Erstaufnahmestellen kommt auf Dauer nicht ohne zusätzliche koordinierende hauptamtliche Unterstützung aus. Diese wollen wir sicherstellen, ebenso wollen wir eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen Vereinen und Ganztagschulen ermöglichen. Das könnte über die Sportjugendreferentenstelle geschehen. Eine verbesserte Zusammenarbeit von Ganztagschulen und Vereinen würde auch helfen, das demografische Problem der Jugendverbandsarbeit mit derzeit sinkenden Mitgliederzahlen in den Sportvereinen bei gleichzeitig gewachsenem Aufgabenprofil zu lindern.

Wohnen

Die Sicherstellung von angemessenem, differenziertem Wohnraum für unterschiedliche Zielgruppen ist eine zentrale Aufgabe der Kommunalpolitik. Wir wollen gewährleisten, dass Familien mit Kindern, ältere Menschen, Alleinerziehende sowie Studierende geeigneten und bezahlbaren Wohnraum finden, ebenso wie Menschen mit Zugangsproblemen zum privaten Wohnungsmarkt wie beispielsweise Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen mit Behinderung. Stadtplanerisches Ziel ist dabei die Schaffung von funktionierenden Stadtquartieren mit durchmischt Wohnbevölkerung. Dazu bedarf es

einer deutlichen Steigerung bei der Errichtung von bezahlbarem Wohnraum in allen Stadtteilen. Dies auch, aber nicht speziell im Hinblick auf Geflüchtete. Von großer Bedeutung für die Sicherstellung von bezahlbarem Wohnraum ist unsere städtische Wohnungsbaugesellschaft GBG. Dass sie weiter in kommunaler Hand bleibt ist die Grundlage einer funktionierenden kommunalen Wohnungspolitik.

Wir wollen eine soziale Wohnungspolitik, die sowohl im Bauen selbst als auch im Umgang mit Freiflächen ökologisch zukunftsweisend ist. Dabei müssen neue Wohn- und Lebensformen, Wohn- und Mietsyndikate mit alternativen Finanzierungsformen, alternativen und experimentellen Bauformen und Baugemeinschaften, Mehrgenerationenprojekte und das gemeinsame Wohnen von Menschen mit und ohne Behinderung unterstützt und gefördert werden.

Dafür bedarf es weiter einer kommunalen Wohnraumförderung. Diese darf nicht gestrichen werden, sondern muss im Gegenteil weiterentwickelt und aufgestockt werden. Wir wollen damit die Förderung von gemeinschaftlichen Eigentums- und Wohnformen, die Schaffung von barrierefreiem Wohnraum und die Bildung von Wohneigentum für Familien mit niedrigem Einkommen sicherstellen.

Hilfreich zur Erreichung dieser Ziele wäre die Ausrichtung eines architektonischen Wettbewerbs zur Entwicklung sehr preisbewussten, ökologischen und modernen Bauens bzw. Umbauens. So könnten neue kreative und ungewöhnliche Ideen entwickelt werden, die dann als Muster für neue Bauprojekte in Mannheim dienen. Gerade vor dem Hintergrund der Zuwanderung hat dies nochmals eine besondere Bedeutung.

Große Chancen bei Schaffung von neuem Wohnraum und neuen architektonischen Qualitäten bieten die Mannheimer Konversionsflächen.



Konversion

Als Stadt haben bzw. werden wir durch den Abzug der US-Army etwa 500 Hektar Konversionsflächen hinzugewinnen. Im Januar 2015 hätten wir gerne festgestellt und auch gefeiert, dass Mannheim erstmals in seiner Stadtgeschichte vollständig entmilitarisiert ist. Leider kam es vorerst anders. Die US-Streitkräfte gaben Coleman wider Erwarten doch nicht frei, sondern reaktivierten einen Teil für unbestimmte Zeit als Panzer- und Ausrüstungslager angesichts der Krise in der Ostukraine und dem dadurch ausgelösten Strategiewechsel der NATO. Auch hier spüren wir also, wie weltpolitische Prozesse und Krisen sehr schnell ganz konkrete Auswirkungen auf uns hier vor Ort haben. Wir begrüßen, dass zwischenzeitlich wieder Kommunikationsmöglichkeiten mit den Zuständigen auf amerikanischer Seite aufgebaut werden konnten und die Bezirksbeiräte und der Gemeinderat beteiligt werden wenn es gilt, diese Kommunikationsmöglichkeiten zu nutzen, um Anfragen[^], Sorgen und Beschwerden aus der Bürgerschaft zu transportieren und zu klären.

Obwohl der Zeitpunkt des kompletten Abzugs der amerikanischen Streitkräfte noch nicht feststeht, wird ein Großteil von Coleman unter Naturschutz gestellt. Wir freuen uns, dass die Ausweisung nächstes Jahr zu erwarten ist. Die Konversion insgesamt bietet Mannheim die Möglichkeit, seinen notwendigen Beitrag zum immer dringlicher werdenden Klima- und Naturschutz zu leisten. Bezuglich Franklin gab es große Ankündigungen insbesondere zum Thema Energieeffizienz und zukunftsweisende Mobilität. Hier werden wir auf Einhaltung der Versprechen drängen. Der gerechte und nachhaltige Ausgleich zwischen wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, sozialer Verantwortung und dem schonenden und weitsichtigen Umgang mit den Ressourcen der Natur sollte oberste Leitlinie sein bei der Gestaltung aller Konversionsflächen. Das ist nicht mathematisch zu gewährleisten nach dem Motto „das eine machen wir hier, das andere setzen wir dort um“! Allein die Beispiele Kaltluftströme und Biotopvernetzung belegen die Notwendigkeit, den Ausgleich von möglichen Zielkonflikten nahezu auf jedem Quadratmeter zu bewerkstelligen. Einiges geht in diese Richtung und wir hoffen, dass wir viele Investor*innen von der Notwendigkeit dieses Ausgleichs ebenso überzeugen können wie von der schieren Notwendigkeit und Vernunft, die bereitstehenden Möglichkeiten der Konversionsflächen aktuell als Flüchtlingsunterkünfte zu nutzen. Vieles aber läuft dem auch entgegen, wie uns das Beispiel Offizierssiedlung schmerhaft gezeigt hat. Die Offizierssiedlung ist leider ein Musterbeispiel dafür, wie so ein Prozess nicht angegangen werden sollte.

Was allein durch Überzeugung nicht zu schaffen ist, muss eben auch weiterhin mit den Möglichkeiten des Planungs- und Baurechts angestrebt werden! In den vergangenen Jahren haben sich die Erwartungen an Bebauungspläne im Gemeinderat verändert. Der Rückhalt für Bebauungspläne erodiert immer weiter. Große Teile des Gemeinderats erwarten eine bessere Berücksichtigung von Umwelt-, Natur- und Klimaschutz in den Bebauungsplänen. Wir brauchen bei der Entwicklung von Bebauungsplänen ein anderes Vorgehen zur Einbeziehung des Gemeinderates. Die Methode Friss oder Stirb, bei der der Gemeinderat zu einem Bebauungsplan nur Ja oder Nein sagen darf, funktioniert nicht mehr. Wir sind gespannt, wie das Verfahren bezüglich Spinelli-Nord laufen wird. Wir vertrauen den klaren Zusagen der Verwaltung, den Gemeinderat frühzeitig einzubeziehen und eine breite Zustimmung für den Bebauungsplan zu erzielen.

Den Grünzug Nord-Ost wollen wir realisieren. Für uns hat die Entwicklung des Grünzugs oberste Priorität. Ziel dieser Entwicklung ist eine ökologisch hochwertige Begrünung des Spinelli-Geländes und eine klimatisch leistungsfähige Frischluftschneise von mindestens 500m Breite, wenn möglich sogar 600m, sowie die Erschließung des Grünzugs mit einem durchgängigen Fahrradschnellweg vom Neckar über die Vogelstangseen bis nach Straßenheim, bzw. in den Käfertaler Wald.

Sehr erfreulich finden wir, dass sich der Gemeinderat in seiner ganzen Breite ebenfalls zu dem Grünzug bekennt. Wir setzen darauf, dass dies ein ehrliches Bekenntnis ist und nicht nur eine Begründung für eine BUGA. Der Grünzug ist die wesentliche EntwicklungsChance für unsere Stadt, nicht die BUGA. Die kann ein Hilfsmittel auf dem Weg dazu sein. Damit dieser Weg funktioniert, müssen wir die Menschen wieder von diesem Weg überzeugen. Druck hilft dabei überhaupt nicht. Das ist der falsche Weg.

In den letzten beiden Jahren wurden die Planungen vorangebracht, der städtebauliche und grünplanerische Wettbewerb zum Grünzug Nordost entschieden. Wenn die Verlegung der Straße an die Riedbahn verworfen wird, ist das aus unserer Sicht sehr zu begrüßen. Unser mittel- bis langfristiges Ziel ist es auch, auf die Straße am Aubuckel zu verzichten. Das muss aber zu angemessenen Kosten geschehen, und damit sind nicht nur die finanziellen Kosten gemeint. Wenn für den Verzicht auf die Straße am Aubuckel ein anderes Biotop zerstört werden muss, ist uns der Preis zu hoch. Dann warten wir noch ein paar Jahre, bis auf die Straße am Aubuckel ersatzlos verzichtet werden kann.

Der Erhalt der Straße am Aubuckel hat Auswirkungen auf die Landschaftsplanung, auf die Gestaltung und Attraktivität sowie die Finanzierung der BUGA. Das zu überdenken, sollten wir uns jetzt ein wenig Zeit nehmen und gemeinsam beraten. Angesichts der Bedeutung dieses Themas sollten wir nichts überstürzen. Wir GRÜNE werden uns konstruktiv in den Diskussionsprozess einbringen.

Auch weitere Themen des Grünzugs Nord-Ost müssen mitdiskutiert werden. Wie sieht es mit dem Luisenpark und dem Herzogenriedpark aus? Unsere beiden Parks benötigen ein zukunftsgerichtetes Konzept und keine sanierte Variante der 80er und 90er Jahre. Einen Teil der Infrastruktur wie beispielsweise die Multihalle müssen wir ernsthaft überdenken. Auch das Thema Stadt am Fluss bietet innerstädtisch enormes Potential, welches wir zumindest ansatzweise im Rahmen des Grünzugs Nord-Ost aktivieren können.

Ein großes Thema im Rahmen des Grünzugs und der Konversion ist auch die B38. Diese Stadtautobahn muss zurückgebaut werden, um die angrenzenden Stadtteile näher aneinander zu bringen. Wir begrüßen, dass aktuell schon die Geschwindigkeit reduziert wurde, langfristig ist hier durchgängig Tempo 50 anzustreben auf einer deutlich verkleinerten Stadtstraße. Ergänzend dazu muss die angekündigte Grüne Brücke eine Verbindung für Mensch und Natur zwischen BFV und der Vogelstang schaffen.

Stadt- und Regionalentwicklung

Um zu einer geordneten und planvollen Stadtentwicklung zum Wohle der Gesamtbevölkerung zu kommen, braucht es gerade in verdichteten Ballungsräumen wie in der Metropolregion einer guten Regelungsgrundlage. Nach zehn Jahren intensiver Arbeit unter Beteiligung der GRÜNEN Verbandsfraktion konnte ein gemeinsamer Regionalplan und ein regionales Energiekonzept verabschiedet werden. Dabei wurden die ökologischen Belange endlich stärker berücksichtigt. Dies führte auch dazu, dass die geplante Rheinquerrung bei Altrip nicht realisiert werden wird, da durch sie viele Biotope und Grundwasserschutzgebiete zerstört worden wären. Vielen kommunalen Politiker*innen waren die Sachverhalt klar, und trotzdem wollten einige ewig Gestrigé aus allen Landesteilen an einer Rheinquerrung festhalten. Der Verzicht ist ein gelungenes Beispiel für eine grenzüberschreitende Planung, denn regionale Grünzüge enden nicht

an Landesgrenzen. Ein weiteres positives Beispiel ist der Ausbau der S-Bahn Rhein-Neckar, der dazu beiträgt Mobilität anders zu gestalten und vom Auto auf den Personennahverkehr umzusteigen.

Ökologie wurde in der Vergangenheit viel zu wenig berücksichtigt und erst durch entsprechende Gesetzesänderungen hielten Themen wie Freiflächen, Fassaden- und Dachbegrünung, Energieeinsparung oder Wasserrückhaltung angemessen Einzug in die Bebauungsplanung. Diese Ansprüche werden von Investor*innen oft nicht nachvollzogen, da sie oftmals mit Zusatzkosten verbunden sind. Für uns sind sie aber unerlässlich für eine nachhaltige Stadtentwicklung. Für die Überprüfung dieser Auflagen braucht es geeignetes Fachpersonal, dementsprechend darf es keine weitere Ausdünnung des Personals in der Stadtplanung und im Baurechtsamt geben.

Vielerorts in Mannheim sind die bestehenden Bebauungspläne schon über 20 Jahre alt und werden den heutigen Anforderungen beispielsweise im Lärmschutz, aber auch bei den Freiräumen und der Dach- und Fassadenbegrünung nicht mehr gerecht. Hier bedarf es Stück für Stück einer Aktualisierung der Bebauungspläne. Ein großes Thema ist der Rheinauer Hafen. Hier treffen Wohnbebauung und Industriegebiet direkt aufeinander. In Bezug auf Lärm und Verkehr müssen die unterschiedlichen Interessen und Bedürfnisse von Anwohner*innen und Gewerbetreibenden abgewogen und im Rahmen eines umfassenden Hafenkonzepts zum Einklang gebracht werden. Nicht erst seit der Lärmkartierung wissen wir, dass durch Überlagerung von Lärmquellen unerträgliche Situationen entstehen. Der Maßnahmenkatalog zum Aktionsplan zeigt bereits einige Lösungsvorschläge wie Tempo-30-Zonen, Lärmschutzwände oder Lärmbeeinträchtigung an der Quelle auf. Das ist gut. Doch wir GRÜNE sehen weitere Möglichkeiten. So wollen wir beispielsweise den Verkehrslandeplatz in Neuostheim schließen und damit zu einer nachhaltigen Beseitigung von Lärm und darüber hinaus einer Schuldenquelle der Stadt beitragen. Aber auch auf Autobahnen und Bundesstraßen müssen Lärmschutzwerte eingehalten werden. Hier besteht nach wie vor Verbesserungsbedarf. Die Schutzmaßnahmen vor Lärm durch Personen- und Güterzüge sind vom Bund unverzüglich umzusetzen, auch an Bestandsstrecken. Die bereits bei Personenzügen verwendete lärmärmere Bremstechnik soll bis zum Jahr 2020 auf sämtliche Güterwagons umgesetzt werden, was zu einer Lärminderung beiträgt. Auf die Umsetzung dieser Maßnahme werden wir drängen. Darüber hinaus sollte von der Bahn auch über eine Verschärfung der Transpreise für laute Züge nachgedacht werden, um weitere Anreize zur Lärminderung zu setzen.



Mobilität

Wir GRÜNE setzen auf eine durchgehende Mobilitätskette von der Haustür bis zum Arbeitsplatz oder der Freizeitstätte. Dazu gehört die Förderung des ÖPNV, aber auch Carsharing, attraktive und sichere Fuß- und Radwege, Ruftaxen und Bürgerbusse.

Den Bereich des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) wollen wir weiter ausbauen. Die Grundlage dafür ist gelegt, nachdem der Bundestag beschlossen hat, die Gemeindeverkehrsfinanzierungsmittel weiterzuführen. Den Ausbau der Haltestelle vor dem Hauptbahnhof und die Anbindung von BFV sowie der anderen Konversionsflächen sind große Projekte, die wir in den nächsten Jahren planen müssen. Dies ist wichtig für die Attraktivität von Mannheim als Wohn- und Einkaufsstandort.

Der ÖPNV ist insbesondere für mobilitätseingeschränkte Menschen von großer Bedeutung. Mannheim ist deutlich weiter als andere Städte bei der Umsetzung von geeigneten Bus – und Bahnhofshaltestellen für Rollstuhlfahrer, ältere Mitmenschen und Sehbehinderte. Hier wollen wir weitermachen und weitere Haltestellen umbauen, um Inklusion zu ermöglichen.

Carsharing hilft Fahrzeuge einzusparen. Jedes Car-Sharing-Auto ersetzt bis zu zehn Privatwagen, da bei einem gut ausgebauten Carsharing-Angebot viele Menschen auf ein eigenes Auto verzichten können. Wir wollen das Carsharing-Angebot in unserer Stadt ausbauen. Das stationsungebundene Angebot muss Stück für Stück auch in den Quadranten zugelassen werden.

Beim Straßenbau setzen wir ebenso wie das Land auf Sanierung vor Neubau. Wir begrüßen, dass die Stadt das System der Straßensanierung umgestellt hat, so dass Straßen in Mannheim saniert werden, bevor sie in hohe Schadensklassen kommen und dann überpro-

portional teurer zu sanieren wären. Nichtsdestotrotz müssen selbstverständlich Straßen in höheren Schadensklassen auch Stück für Stück saniert werden. Der motorisierte Individualverkehr wird in den nächsten Jahren weiter abnehmen. Güterverkehr wollen wir vermehrt auf die Schiene und die Wasserstraßen bringen. Es muss dafür ein Konzept erstellt werden, wie in Zusammenarbeit mit dem Land der Logistikbereich besser trimodal ausgerichtet werden kann. In diesem Sinn werden wir auch prüfen, ob an einzelnen Stellen im Verkehrsnetz auch auf Straßen verzichtet werden kann und ein Rückbau möglich ist. Die Verkehrssammler in Mannheim wollen wir zügig auf LED umrüsten, um dadurch Energie und Geld einzusparen.

2017 feiern wir 200 Jahre Erfindung des Fahrrades. Vielfältige Aktivitäten sind bereits in der Planung. Dies unterstützen wir sehr und erwarten zugleich mit Blick auf das Jubiläumsjahr gesteigerte Aktivitäten zum Ausbau und zur stetigen Verbesserung der Fahrradinfrastruktur. Nach Fertigstellung der Bismarckstraße müssen weitere zentrale Radwege hergestellt werden, wie beispielsweise ein Radweg entlang der Friedrich-Ebert-Straße. Weitere Lückenschlüsse, Fahrradstraßen sowie Fahrradabstellplätze stehen hierbei auf der ToDo-Liste für eine Stadt, die fahrradfreundlich werden und den Anteil dieser Mobilität erhöhen will.

Wir haben angestoßen, dass in der Innenstadt und in Neckarau Fußverkehrschecks durchgeführt werden. Nach Auswertung der Ergebnisse sollten in der Folge auch entsprechende Maßnahmen umgesetzt werden. Dem Fußverkehr muss insgesamt in den nächsten Jahren deutlich mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Nicht nur in der Innenstadt verschlechtern sich die Verhältnisse für Fußgänger*innen, insbesondere mit Kinderwagen und Rollstühlen dramatisch. Gehwege werden durch parkierende Fahrzeuge immer weiter eingeengt, die Nutzung teilweise verunmöglich. Hierbei begrüßen wir eine Verteuerung der Parkkosten am Straßenrand in weiteren Schritten ebenso, wie verstärkte ordnungsrechtliche Maßnahmen bis in die Abendstunden.

Sicherheit

Wir brauchen nicht mehr kommunales Personal, das überwacht, ob im Sommer Menschen ordnungswidrig auf der Wiese um den Wasserturm sitzen oder ihre Füße im Brunnen kühlen. Diese Ordnungswidrigkeiten beeinträchtigen nicht die Lebensqualität in Mannheim. Im Gegenteil. Wir halten es für absurd, dass es sich dabei überhaupt um Ordnungswidrigkeiten handelt. Dieses wollen wir aus der Polizeiverordnung streichen lassen. Statt hierfür Personal einzun-

setzen, wollen wir eine stärkere Überwachung des ruhenden Verkehrs ermöglichen und dementsprechend Personal umschichten. Falsch parkende Autofahrer*innen sind eine echte Gefahr. Sie behindern und gefährden Fußgänger*innen und Radfahrer*innen und können auch den Einsatz von Feuerwehr und Rettungsdienst massiv beeinträchtigen. Hiergegen wollen wir stärker vorgehen. Solange es den kommunalen Ordnungsdienst noch gibt, erwarten wir, dass dieser besser ausgebildet wird als dies derzeit der Fall ist.

Für die Sicherheit in unserer Stadt ist selbstverständlich die Polizei zuständig. Mit der Polizeireform in Baden-Württemberg wurden mehr Polizist*innen für den Streifendienst bereitgestellt. Das ist zu begrüßen, auch wenn Mannheim tatsächlich nicht auf den hinteren Plätzen der Sicherheit in Großstädten liegt. Dennoch benötigt Mannheim zusätzliches Polizeipersonal, dessen Bereitstellung wir vom Land erwarten. Denn Mannheims Bevölkerung ist durch den Zuzug in den letzten Wochen gewachsen, dementsprechend wird auch mehr Polizei benötigt.

Damit die Sicherheitsentwicklung auch weiter positiv bleibt ist es dringend notwendig auf Präventionsarbeit zu setzen. Damit ist nicht nur die klassische polizeiliche Präventionsarbeit gemeint, sondern auch präventive Arbeit in den Bereichen der Jugendarbeit, der Bildung und der Sozialpolitik. Wir fördern Menschen und ermöglichen ihnen Teilhabe an der Gesellschaft. Das ist die erfolgreichste Prävention, die es gibt.

Auf Prävention setzen wir auch im Bereich von Schusswaffen. Wir begrüßen die verdachtsunabhängigen Vor-Ort-Kontrollen für Waffenbesitzer*innen und setzen uns für deren Ausweitung ein. Die Übernahme der Kontrollkosten aus Steuergeldern lehnen wir ab. Diese sollten nicht zur Hälfte, sondern vollständig von den Waffenbesitzer*innen getragen werden. Schließlich ist es eine freiwillige Entscheidung eine Waffe zu besitzen, daher sollten die dadurch anfallenden Kontrollen nicht durch die Steuerzahler*innen finanziert werden. Unser Ziel bleibt es, die Waffen in Mannheimer Haushalten weiter massiv zu reduzieren und Waffenbesitzer*innen über die Kontrollgebühren hinaus an der Finanzierung der Stadt und damit auch der Sicherheit in unserer Stadt stärker zu beteiligen. Neben der Polizei bilden Feuerwehr und Rettungsdienste, haupt- wie ehrenamtlich, das Sicherheitsgerüst unserer Stadt. Aktuell sehen wir wie wichtig gut ausgebildete und gut ausgestattete Kräfte sind. Die Einsatzkräfte leisten enormes im Bereich der Versorgung der Flüchtlinge. Ohne den Einsatz dieser Männer und Frauen wären die 12.000 Menschen in Mannheim nicht zu versorgen. Dafür gilt ihnen unser Dank.

Die Infrastruktur der Rettungskräfte wurde in den letzten Jahren neu geplant und steht vor der Umsetzung. Durch den Neubau der Feuerwache Mitte und die Ertüchtigung der Wache Nord wird das Arbeitsumfeld der Feuerwehrleute verbessert. Daneben darf das Versprechen an die Feuerwehr, jedes Jahr einen Teilbereich des Bedarfsplans umzusetzen und die Personalausstattung zu verbessern, nicht in Vergessenheit geraten. Auch den Freiwilligen Feuerwehren gehört unser Respekt für ihren Dienst an der Bevölkerung. Da ist es selbstverständlich, dass ihre Einsatzbekleidung möglichst zeitnah bereitgestellt und deren Motivation gestärkt werden sollte. Der sogenannte Baden-Württemberg-Look ist ein gut durchdachtes Kleidungsstück für den Feuerwehrdienst. Die bereits gestartete Werbeoffensive für ein Engagement in der Feuerwehr muss für die Bevölkerung wahrnehmbarer werden.

Kultur

„Jeder hat das Recht, am kulturellen Leben der Gemeinschaft frei teilzunehmen, sich an den Künsten zu erfreuen und am wissenschaftlichen Fortschritt und dessen Errungenschaften teilzuhaben“, so der Artikel 27 der UN-Menschenrechtscharta. Das wollen wir auch in Mannheim sicherstellen. Erfreulich ist, dass dieses Anliegen bei der Verwaltungsspitze große Unterstützung erfährt. So ist der Kulturbereich im Rahmen dieses Haushalts spürbar besser ausgestattet worden als andere Politikbereiche. Im Kulturbereich sind nicht nur Dynamisierungen enthalten, sondern teilweise sogar echte Erhöhungen. Allerdings fehlt die weitere Aufstockung der Mittel für die Freie Kulturszene, die in den letzten Jahren durchgesetzt wurde. Die Freie Kulturszene macht die Vielfalt unserer Stadt aus. Dies muss weiter unterstützt werden.“

Wir wollen für alle Mannheimer*innen den Zugang zu Kultur sicherstellen. Dabei hilft der von uns initiierte Kulturpass. Dieses wachsende und erfolgreiche Projekt muss weitergehen und bedarf daher weiterer Unterstützung.



Zur besseren Finanzierung der Alten Feuerwache sowie der Bezahlung der engagierten Mitarbeiter*innen muss über eine Änderung der Rechtsform, gegebenenfalls mit einem Beirat der Stadt, diskutiert und entschieden werden, um die in Mannheim kaum ankommende soziokulturelle Förderung des Landes nutzen zu können. Dies wollen wir auch für weitere kulturelle Einrichtungen der Stadt prüfen.

Bei den kulturellen Eigenbetrieben der Stadt Mannheim, dem Nationaltheater und den Reiss-Engelhorn-Museen stehen in den nächsten Jahren wichtige Entscheidungen über Sanierungen an. Hierfür müssen die Planungen erstellt werden. Der Neubau der Kunsthalle wird dagegen in absehbarer Zeit fertiggestellt. Hier bedarf es nur noch der Ergänzung des barrierefreien Zugangs zum Altbau.

Wir setzen uns weiterhin für die Ausweitung der Mitfinanzierung des Nationaltheaters durch das Land ein.

Bei der laufenden Ausschreibung der evangelischen Kirche zur Umnutzung der Trinitatiskirche hoffen wir auf einen Kulturort mitten im Zentrum. Diesen Prozess sollte die Stadt unterstützen.

Interkulturelle und soziokulturelle Projekte, wie beispielsweise OMM, Creative factory oder die Kulturhäuser Waldhof, Schönau und Käfertal sollten in Mannheim angesichts der Zuwanderung besondere Aufmerksamkeit verdienen, stabilisiert und gefördert werden.

Moderne und vielfältige Stadtgesellschaft

Integration ist ein Thema, das mit der Stadt Mannheim seit ihrer Gründung eng verbunden ist. Integration wird ebenso in Zukunft ein dauerhaftes Thema in unserer Stadt sein. Deutschland ist ein Einwanderungsland und Mannheim eine Einwanderungsstadt. Damit Integration hier weiter gelingen kann, müssen wir für die richtigen Rahmenbedingungen sorgen und Einwanderer*innen und ihren Familien von Beginn an eine echte Perspektive bieten.

Die letzten Jahre waren geprägt durch die Zuwanderung aus Südosteuropa. Hierfür haben wir einen speziellen Integrationsfonds eingerichtet, der zielgerichtet Maßnahmen ermöglicht hat. Die Betreuung und Qualifizierung von neuzugewanderten Einwohner*innen aus dem südosteuropäischen Raum

wird hier in unkomplizierter Weise städtisch gefördert, So konnten in den letzten Jahren viele positive Impulse gesetzt und das friedvolle und solidarische Zusammenleben der Menschen vor Ort in den Quartieren unterstützt werden. Diese Vorgehensweise war effektiv und hat Erfolge gezeigt. Dieses erfolgreiche Modell wollen wir auch als Flüchtlingsfonds für die vor Krieg und Terror geflüchteten Menschen einrichten, um damit schnell und unbürokratisch Integrationsmaßnahmen unterstützen zu können. Teilhabe ist nur möglich, wenn Menschen über die Angebote informiert sind und sie verstehen können. Es ist wichtig, Sprachkurse von Anfang an zu fördern. Unser Bildungssystem muss so ausgestaltet sein, dass Kinder nicht nach ihrer sozialen und ethnischen Herkunft aussortiert werden, sondern alle Kinder und Jugendliche gleiche Bildungschancen haben. Die ausländischen Abschlüsse und Diplome der Einwanderer*innen müssen schneller und unkomplizierter anerkannt werden. Wir wollen Migrant*innen den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern. Für Industrie und Handwerk bedeutet die Zuwanderung eine enorme Chance, die sie nutzen sollte. Vereinsarbeit ist unersetztbar bei der Integration, denn da wo sich Menschen angenommen fühlen, beteiligen sie sich und bringen sich gesellschaftlich ein. Vor allem die Jugendvereinsarbeit wollen wir stärken. Die Vereine werden wir auch für ein friedliches Zusammenleben verschiedener Kulturen in unserer Stadt stärker in die Pflicht nehmen.

Wir setzten darauf, dass die Charta der Vielfalt in Mannheim nun umgehend bearbeitet und mit Maßnahmen hinterlegt wird. Wir begrüßen sehr, dass die Stelle der Gleichstellungsbeauftragten in Mannheim endlich wieder besetzt ist. Wie kaum eine andere Stadt steht Mannheim für eine gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen, unabhängig von Geschlecht, sexueller Identität, Herkunft, Weltanschauung, Alter oder Behinderung.

Frauenförderung ist aber auch heute noch ein aktuelles Thema. Frauen müssen im gesamten Bereich des Lebens gleichberechtigt sein. Wir müssen in Mannheim ein gesellschaftliches Miteinander entwickeln, in dem für die alltäglichen Belästigungen und sexistischen Sprüche, denen Mädchen und Frauen noch immer ausgesetzt sind, kein Platz mehr ist.

Auch in der Arbeitswelt muss sich noch einiges ändern. Explizit müssen mehr Frauen in Führungspositionen kommen, auch in der Stadtverwaltung, im Gemeinderat und in Aufsichtsräten. Die gesetzlich vorgeschriebene Frauenquote für börsennotierte Unternehmen wollen wir Stück für Stück auf Tochtergesellschaften der Stadt übertragen. Wir erwarten von der Stadt die Bereitstel-

lung geschlechtersensibler Daten auch im Haushaltsentwurf, damit die unterschiedlichen Bedürfnisse von Männern und Frauen bei den Etatberatungen ausreichend berücksichtigt werden können. Da die Stadt Mannheim auf unsere Initiative hin, im Jahr 2011 die „EU-Charta zur Gleichstellung von Männern und Frauen auf lokaler Ebene“ unterzeichnet hat, steht nun die Erarbeitung eines Chancengleichheitsplans an. Um die sozialen Netzwerke von Frauen und Mädchen zu stärken, müssen Frauentreffs erhalten und weiter gefördert werden.

Gerade für Teenager ist es wichtig, ein eigenes Bild von der Rolle als Mädchen bzw. Junge zu entwickeln. Dabei sind geschlechtsspezifische Angebote in der Jugendarbeit eine große Hilfe. Dies gilt für beide Geschlechter, ganz besonders aber für Mädchen, deren Interessen in gemischten Angeboten nicht immer ausreichend berücksichtigt werden können.

Das Netzwerk Mädchenarbeit bietet spezielle Angebote und Alternativen für Mädchen an. Besonders Mädchen mit Migrationshintergrund nehmen diese Angebote gerne wahr. Hier werden die Mädchen gestärkt und dazu ermuntert ihre Persönlichkeit zu entfalten. Diese Arbeit gilt es zu fördern.

Die Zahl der hilfesuchenden Frauen und Mädchen steigt stetig und damit auch die Belastung der Mitarbeiterinnen des Frauen- und Mädchennotrufs. Es ist unbedingt geboten, dieses Angebot zu unterstützen und im Hinblick auf den hohen Zuwachs der Beratungsfälle eine stabile Finanzierung zu gewährleisten. Auch die Angebote der Sexualpädagogik und die Präventionsarbeit, die von verschiedenen Trägern in Schulen angeboten werden, müssen weiterhin unterstützt werden.

Frauenhäuser bieten Frauen, die vor Gewalt fliehen, Schutz, Beratung und Begleitung. Damit die Unterkunft und die spätere Wohnungssuche nicht erschwert werden, braucht es gute Planung und Absprache zwischen den jeweiligen Kommunen. Hier müssen wir die Zusammenarbeit in der Metropolregion nutzen, um die Situation der betroffenen Frauen und Kinder zu verbessern. Die finanzielle Lage der Frauen, oft mit Kindern, muss sichergestellt sein. Hier müssen die Kommunen sich ihrer Verantwortung stellen, um Frauen- und Kinderarmut zu reduzieren.

Eines besonderen Schutzes bedürfen Menschen in der Prostitution. Die Beratungsstelle „Amalie“ leistet hier seit einigen Jahren für Frauen eine unschätzbar wertvolle Arbeit. Der Bedarf hierfür ist enorm hoch. Die Bandbreite der Unterstützung reicht von Beratungsangeboten, über medizinische Hilfe, Sprachkurse, alltäg-

liche Hilfestellungen bis zur Suche nach Wohnräumen für Frauen, die aus der Prostitution aussteigen wollen. Besonders diese Suche nach Wohnraum stellt immer wieder ein Problem dar. Wir wollen „Amalie“ dabei unterstützen, für diese Frauen eine Übergangswohnung bereit zu stellen. Unser Ziel muss lauten: Perspektiven schaffen, Menschenhandel stoppen.

Chancengleichheit und Teilhabe von Menschen vielfältiger sexueller und geschlechtlicher Identität ist uns ein wichtiges Anliegen. Wir haben lange für die Einrichtung der beiden Beauftragtenstellen in der Stadtverwaltung gekämpft. Wir sind sicher, dass die beiden Beauftragten durch ihre Arbeit weitere Verbesserungen im Zusammenleben unserer Stadt erreichen werden. Denn auch in einem urbanen Zentrum wie Mannheim ist trotz der weitgehenden rechtlichen Gleichstellung Homo- und Transphobie, eigentlich besser Homo- und Transnegativität, weiterhin ein Problem. Menschen werden beleidigt, angegriffen, diskriminiert und auf ihre sexuelle Identität reduziert. Gegen diese Homo- und Transphobie wird weiterhin zu wenig getan. Wir setzen uns daher für einen lokalen Aktionsplan für Akzeptanz und gleiche Rechte ein, ähnlich dem Prozess auf Landesebene. Einen besonderen Schwerpunkt wollen wir dabei auf den Bereich Jugend und Schule legen. Hier wollen wir sicherstellen, dass ausreichend Beratungsarbeit in der Schule aber auch in Beratungsstellen angeboten werden kann.

Wir GRÜNE treten für die religiöse und weltanschauliche Gleichberechtigung aller Menschen ein. Niemand darf wegen seines Glaubens oder Nicht-Glaubens bevorzugt oder benachteiligt werden. Das insgesamt positive Verhältnis der Religions- und Glaubensgemeinschaften in Mannheim zueinander trägt dazu bei, dass die weitaus überwiegende Mehrheit der Menschen in unserer Stadt gerade auch in dieser herausfordernden Zeit sich tolerant und respektvoll verhält. Der allergrößte Teil der Religionsgemeinschaften in Mannheim wirbt aktiv für ein vielfältiges, tolerantes und respektvolles Miteinander vor Ort auch mit klaren ethischen Ansagen und Appellen für Menschlichkeit gegenüber den zu uns geflüchteten Menschen.

Neben den Angehörigen der zahlreichen Glaubensgemeinschaften ist mittlerweile die Gruppe der konfessionsfreien Menschen die größte gesellschaftliche Gruppe, auch wenn dies oft nicht wahrgenommen wird. Wir werden darauf achten, dass neben den Religionsgemeinschaften auch an die Vertretung der konfessionsfreien Menschen in Debatten und Gremien gedacht wird. Jeder Mensch soll frei über Glauben und Weltanschauung entscheiden können. So wie der

Staat für Beitritt zu einer Kirche oder Religionsgemeinschaft keine Gebühren verlangt, wollen wir die Gebühr für den Kirchenaustritt perspektivisch abschaffen. Im ersten Schritt wollen wir endlich die zugesagte Senkung der Gebühren umgesetzt sehen. Der aktive Einsatz für ein friedliches und gleichberechtigtes Zusammenleben hat in Mannheim Tradition. Es gibt großes Engagement von Bündnissen und Initiativen gegen Rassismus, die bisher sehr erfolgreich arbeitet. Es muss gerade jetzt bei gewachsener Hetze und gesteigerten Ängsten insbesondere im aufklärerischen Bereich gestärkt und unterstützt werden. Hetze und Gerüchte gegen Flüchtlinge und Zuwanderer muss mit entsprechendem Aufklärungsmaterial begegnet werden. Wir dürfen nicht schweigen oder wegschauen.

Wir sind dankbar für die lebendige Erinnerungskultur, deutlich sichtbar anlässlich des 75. Jahrestages der Deportation unserer Jüdischen Mitbürger*innen, welche immer wieder an eine strikte Orientierung an Menschenrechte und Humanität mahnt. Diese Erinnerungskultur werden wir bewahren und insbesondere junge Menschen einbeziehen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte mich, auch im Namen meiner GRÜNEN Kolleg*innen, bei den städtischen Mitarbeiter*innen für ihre Arbeit und ihre Unterstützung bedanken. Dies gilt nicht nur bezogen auf den Rahmen dieser Etatberatungen, sondern generell!

Ebenso möchte ich mich bei allen bedanken, die uns mit Ideen und Vorschlägen, aber ebenso mit konstruktiver Kritik unterstützt haben.

Besonders bedanken möchte ich mich außerdem bei meinen GRÜNEN Fraktionskolleg*innen, unserer GRÜNEN Bürgermeisterin samt Team und den Mitarbeiter*innen der GRÜNEN Fraktionsgeschäftsstelle für ihre Unterstützung bei der Erstellung dieser Rede, die unter herausfordernden Rahmenbedingungen stattfand.

Uns allen wünsche ich gute und produktive Etatberatungen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

GRÜN & NACHHALTIG IN DIE ZUKUNFT INVESTIEREN

Es gilt das gesprochene Wort.
Die nicht gesprochenen Passagen
wurden zu Protokoll gegeben.



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Gemeinderat
Rathaus E5 · 68159 Mannheim

Telefon 0621-293 9403
Telefax: 0621-156 1800
E-Mail: gruene@mannheim.de
Web: www.gruene-fraktion-mannheim.de

